

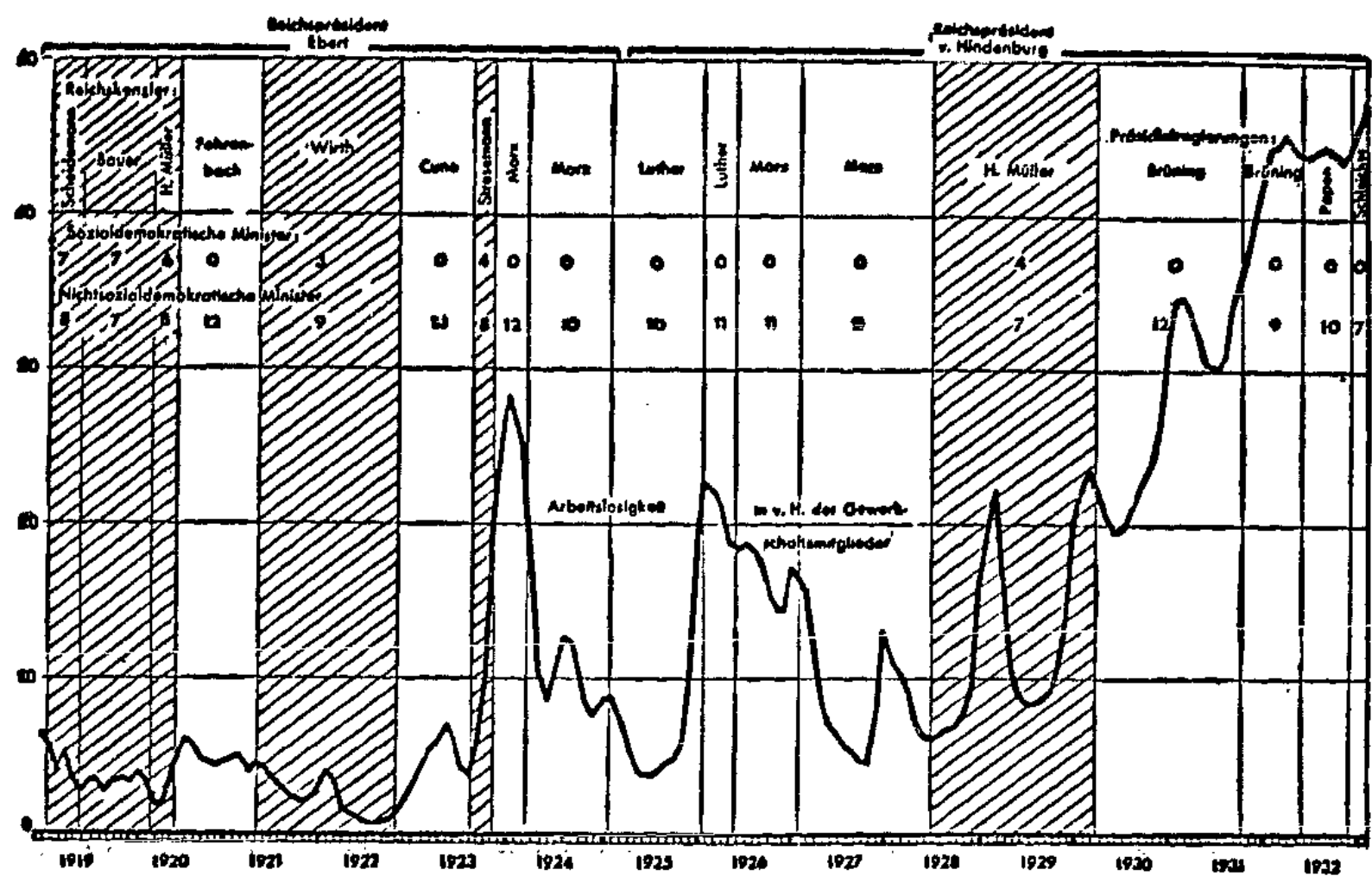
Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2.25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagiatvorwürfen ausgeschlossen. • Postk.-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Wer hat 14 Jahre regiert?

Wer trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit?



Der Gegner behauptet:

Die „Marxisten“ haben 14 Jahre lang regiert.

Die Wahrheit ist:

- Der Reichspräsident von 1919 bis Anfang 1925, also rund 6 Jahre, war der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.
- Reichspräsident von Frühjahr 1925 bis jetzt, also rund 8 Jahre, ist Herr von Hindenburg.
- Von 1919 bis 1933 folgten einander 19 Regierungen. In nur 6 von diesen saßen „Marxisten“.
- Von den 206 Reichsministern der Nachkriegszeit bis zu Schleichers Sturz stellten die „Marxisten“ 31 Minister, die nichtsozialdemokratischen Parteien dagegen 175.
- In den 6 Regierungen, an denen „Marxisten“ beteiligt waren, hatten sie nie eine Mehrheit. Nur in der Regierung Bauer stellten sie 7 von 14 Ministern. In den anderen 5 Regierungen waren sie immer in der Minderheit.

Folgerung: Die „Marxisten“ brachten Arbeit und Brot. Was brachten die anderen?

Der Gegner behauptet:

Die „Marxisten“ haben in 14 Jahren „eine Armee von Millionen von Arbeitslosen geschaffen“.

Die Wahrheit ist:

- Die deutsche Wirtschaft war durch den Weltkrieg völlig vernichtet. Die ersten Regierungen leisteten die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus. Millionen Frontkämpfer aus allen Schichten des Volkes wurden wieder in die deutsche Arbeitsarmee eingereiht.
- Unter der Rechtsregierung Cuno wurde Deutschland dem Abgrund der Inflation zugetrieben. Die Regierung Strösemann übernahm das furchtbare Erbe Cunos. In dieser Regierung wirkten sozialdemokratische Minister entscheidend an der Stabilisierung der Währung mit. Das letzte Kabinett an dem 5 Jahre später die Sozialdemokraten teilnahmen, das Kabinett Hermann Müller, hat das Rheinland befreit. Seit dem Sturz dieser Regierung im Frühjahr 1930 geht der Kurs der Reichspolitik nach rechts. Die Beseitigung Brünnings machte die Bahn frei für die Reaktion. Seit 1930 wächst die Armee der Arbeitslosen unaufhaltsam.

... in der vorher technische Schwierigkeiten ins Feld führten, die ihnen angeblich eine Ratifizierung zur Zeit unmöglich machten, hat die negative deutsche Haltung kaum mehr den Ausschlag gegeben. Die Engländer meinten, daß die Bestimmungen über kontinuierliche Arbeiten und über die Sonntagsruhe revidiert werden müßten, ehe sie ratifizieren könnten. Revision vor Ratifikation! Dieses Verlangen wäre — ernstlich gemeint — kein Ruhmesblatt für die englischen Sachverständigen, die an diesem Abkommen jahrelang mitgearbeitet haben. Es ist jedoch offensichtlich nur ein Vorwand, die Ratifizierung noch weiter hinaus zu schieben.

Die Bergarbeiterinternationale hat es für ihre Pflicht gehalten, den in Genf versammelten Regierungsläuten den Ernst der Situation in den Bergbauländern noch einmal eindringlich vor Augen zu führen. Sie hatte zu diesem Zweck eine Abordnung nach Genf entsandt, die indessen nur inoffiziell zu Worte gelangen konnte. Es gibt anscheinend Regierungen, denen es sichtlich peinlich ist, Arbeitervertretern Rede stehen zu lassen. Am ausgeprägtesten hat das die englische Regierung bekundet, die zu den Besprechungen mit der Bergarbeiterdelegation der freien und der christlichen Internationale überhaupt nicht erschienen war. Auch die anderen Regierungsmänner haben sich den Bergarbeiterdarlegungen gegenüber wacker ausgeschwiegen — ein Beweis, wie unsicher die Verantwortlichen in der Begründung ihrer zögernden Haltung sind. In einem im Anschluß daran überreichten Memorandum wiesen die Bergarbeiterinternationalen darauf hin, daß nahezu zwei Millionen Bergarbeiter sich in ihren Erwartungen, die sie beim Abschluß des Abkommens 1931 gehegt hätten, immer mehr enttäuscht fänden und daß daraus Gefahren erwachsen würden, weil die unter der ständig verschlimmerten Arbeitslosigkeit leidenden Volksschichten keine unbegrenzte Geduld aufbringen können. Man müsse sich fragen, ob es nicht notwendig wäre, andere Maßnahmen anzuwenden als diejenigen, mit denen man sich bisher begnügt hat.

In Genf ist man wieder einmal auf der Stelle getreten. Die internationale Sozialpolitik macht einen schlimmen Winter durch, der manche zukunftsreiche Keime einfrieren läßt. Aber es wird nicht immer Winter sein, und der Tauwind wird dann aus einer ganz anderen Ecke wehen als jetzt die eifige Genfer Briefel.

Zum Kampf um die Betriebsräte.

Wären unsere Tage nicht so furchtbar aufgewühlt von politischen und sozialen Hochspannungen, so könnte man in die Neigung verfallen, dem tieferen gesellschaftlichen Sinne der Betriebsräte wählen nachzuspüren. So aber erfordert der durch die Wirtschafts- und Staatskrise hervorgerufene psychologische Unruhezustand der Gegenwart Umschau und klare Frontstellung im diesjährigen Kampf.

Die Gewerkschaftsgegner aller Schattierungen werden versuchen, auf die zu wählenden Vertreter der Belegschaften Einfluß zu bekommen. Das geschieht diesmal mit besonderen Gründen. Einmal werden zur Zeit Betriebs- oder andere Sozialwahlen von Unentwegten als „Stimmungsbarometer“ gewertet. Man will auf diese Weise gewissermaßen politische Entscheidungen herauslesen, obwohl Betriebsrätewahlen weder dem Sinne noch dem Zweck nach ein geeigneter Boden dafür sind.

Allen voran hat sich die kommunistische KPD in dieser Hinsicht präpariert. Ihre Zentrale hat bereits im Dezember 1932 einen Feldzugsplan zur Eroberung der Betriebe entwickelt, der allerdings trotz guter Vorläufe überwiegend graue Theorie bleiben wird. Auf Einzelheiten sei hier weiter nicht eingegangen. Unter dem Zeichen der „Einheitsfront“ und „Einheitsliste“ sollen die Belegschaften geködert, sollen Gewerkschafter ihren Namen dafür hergeben und jene zwiespältige unehrliche Taktik mitmachen, deren die KPD sich schon jahrelang bedient. Als Kampfsziele werden beispielsweise aufgestellt: „Die Notwendigkeit der Einheitsfront im Kampf, verbunden mit den bisherigen Erfahrungen unserer Einheitsfrontpolitik, insbesondere der Berliner und Hamburger Verkehrsfront“, „Verteidigung und Kampf für den kollektiven Arbeitsvertrag“ (war früher doch Klassenverrat und sozial-falschliches Betrugsmanöver!) und andere Dinge mehr.

Darüber hinaus sollen nicht schematisch, sondern von Fall zu Fall örtlich-betriebliche Angelegenheiten (jedem Rutschstoß und Drittel sein Programm!) zu Wahlschlagnern gemacht werden. Die Kritik an „reformistischen“ Betriebsratsfunktionären, soweit dieselben etwa für die Einheitsliste gewonnen werden könnten, soll kameradschaftlich und nachsichtig geübt werden. Andere Betriebsräte jedoch, die den „Schleicher-Leipart-Kurs“ mitmachen, sind schonungslos zu bekämpfen. Offen und ohne besondere Rücksichtnahme sollen bemerkenswertere die rechts- und links-opportunistischen Tendenzen und Entgleisungen der KPD-Funktionäre und roten Betriebsräte vor der Mitgliedschaft und öffentlich vor der Arbeiterschaft in der Presse diskutiert werden „zur Ueberwindung der begangenen Fehler und Schwächen“.

Da Selbstkritik der erste Schritt zur Besserung sein soll, könnte bei ehrlichem Eingestehen der eigenen Schwächen auch bei revolutionären Elementen ein Fortschritt angenommen werden. Fehler machten bislang doch nur die „reformistischen Bonzen“! Kleinlich waren die Kommunisten in ihrem (alleintigen) Kampfe gegen die Gewerkschaften nie. In vielen Fällen wurden mandem aufs beste bemühten Betriebsfunktionär, weil er Verbändler war, Verleumdungen angehängt und die Tätigkeit zu vereiteln gesucht. Nun, Kameraden, heraus aus der Reservestellung! Jetzt nehmt euch den Scheinwerfer und beleuchtet einmal das Kampf- und Tätigkeitsfeld der revolutionären wilden Männer! Seht euch die Heidenleistungen recht gründlich an, betrachtet die angeblichen Siegestrophäen und laßt die Parolenfunktionäre in ihren eigenen Spiegel schauen! Zergliedert ihren Erfolg in der „Einheitsfronttaktik“ anlässlich des Berliner Verkehrsstreiks, der doch darin bestand, daß der Bohn trotzdem abgebaut wurde, daß nach drei Tagen die „Einheitsfront“ auseinanderplätzte, 2000 Verkehrsarbeiter auf der Straße blieben und die Kommunisten den

Ein sozialpolitischer Fehlschlag in Genf.

Revision des Arbeitszeitabkommens für den Bergbau?

Auf Einladung des Internationalen Arbeitsamtes kamen am 20. Februar die Regierungsvertreter der hauptsächlichsten europäischen Kohlenländer in Genf zusammen, um die Frage der gemeinsamen Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau erneut zu besprechen. Seit dem Abschluß dieser seinerzeit heftig umkämpften Konvention sind irgendwelche greifbaren Fortschritte hinsichtlich ihrer Infraktion leider nicht zu verzeichnen. Einige Regierungen, so die Spaniens, dann Frankreichs und neuerdings auch Polens, haben zwar ihren gesetzgebenden Körperschaften Besetzungswürfe über die Ratifizierung dieses Abkommens zugeworfen, allerdings ohne irgendwelche praktische Verpflichtungen zur Anwendung der vereinbarten Bestimmungen. Das gleiche gilt von der deutschen Regierung, die vor einiger Zeit, einer formellen Bestimmung des Genfer Statuts genügend, dem Reichsrat das Abkommen ohne eigene Stellungnahme zur Kenntnis gebracht hat.

Immerhin konnte es scheinen, als ob ein prinzipieller Widerstand der amtlichen Stellen gegen das Wirksamwerden dieser Konvention nicht mehr bestände. Darauf gründete sich wohl auch die neuerliche Anregung des Internationalen Arbeitsamtes, dessen neuer Direktor Butler damit gleichzeitig ein Vermächtnis

seines vor etwa Jahresfrist so tragisch dahingegangenen Amtsvorgängers, Albert Thomas, erfüllen wollte. Butlers dankenswerte Initiative ist leider fehlgeschlagen. Am 20. Februar wiederholte sich in Genf ein dort schon oft erlebtes Schauspiel: jeder Regierungsvertreter lagte seinen ihm instruierten Spruch auf und versuchte im übrigen, die Verantwortung für die negative Haltung dem Nachbarn aufzubuhlen.

Die deutsche Regierung ließ durch Ministerialdirektor Söhler vom Reichsarbeitsministerium erklären, daß Deutschland an und für sich für die Ratifizierung des Abkommens sei, daß man aber die Ergebnisse der Londoner Weltwirtschaftskonferenz abwarten müsse. Aus der Diplomatensprache dieser von drei Ministerien zurechtgebrachten, streng gebundenen Erklärung in allgemeinverständlichem Deutsch übertragen, heißt das: „Nein“ — was ja schließlich von dem Unidirektor Hugenberg auch nicht anders zu erwarten war. Die bessere Meinung des zuständigen Arbeitsministeriums und des auswärtigen Amtes habe sich dagegen nicht durchsetzen können. Aller Fortschritt stehe still, wenn sein starker Arm es will?

Dabei hat der deutsche Vertreter in Genf noch Glück gehabt, daß die volle Verantwortung für das abermalige Scheitern der Beratungen nicht Deutschland zugefallen ist. Nachdem die Eng-

Nazis und die Nazis den Kommunisten Streikverrat vorwarfen. Neugierig lassen sich auch alle anderen Schlagworte und Phrasen widerlegen.

Die Stellungnahme zu den Gelben älteren Datums (Werksgemeinschaft, „Deutsche Arbeiter“, Stahlhelm usw.) und denjenigen neuesten Datums (Nazi) steht für den Freigewerkschafter von vornherein fest. Hier wie dort kann nur Aufklärung helfen, trotz Verunsicherung, Schilke und Terror, wie es von „Meinern“ und „Brüder“ einer „neuen“ Volksgemeinschaft nun einmal verstanden und angewandt wird. Die Gelben sind die Lieblinge der Jugenberge, Hiller und Seldte, dafür bestimmt, sozialpolitische Versuchstafeln und Sturmböcke gegen Gewerkschaftsmitglieder zu sein. Die schmutzige Rolle, welche die Gelben schon immer in der Arbeiterschaft spielten, bedarf hier keiner weiteren Erwähnung. Sie sind die Hoffnung der vielen großen und kleinen Jugenberge, die, jetzt endlich an der Regierungsmacht, dem so

verhafteten „Gewerkschaftsstaat“ den Garau machen wollen. Das aber heißt, den sozialreaktionären Papenturs zu verstärken, ihn zum Idealzustand zu erheben für Unternehmer, Kapitalisten, Betriebsführer und ähnlich geartete Leute. Nehmt auf den Kampf gegen Helotismus und Knechteligkeit! Kampf gegen den Betriebsabsolutismus, der seinen Nährboden nur im lumpigen Gelände der Gelben hat! Es ist eines deutschen Arbeitsmannes unwürdig, Höriger und Knecht zu sein.

Kameraden, formiert die Reihen! Sichtet das Kampffeld! Greift an mit Mut und Zuversicht! Ihr kämpft für ein gutes Recht, ihr wisst, worum es geht: um die Mitbestimmung im Betriebe, um den ganzen sozialen Arbeiterschutz, um die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, um Arbeit und Brot. Alle Stimmen des freigewerkschaftlichen Kandidaten als Ausdruck gegen Herrtum und Willkürregiment!
Paul Hoffmann.

Schreibmaschinenleuten umfassende Schreiben abfanden, diese auch der kommunistischen Presse zur agitatorischen Auswertung übergaben. Ernsthafte Arbeiterführer, denen es um wirkliche Einheitsfrontbestrebungen der Arbeiterschaft ankommt, machen derartige politische Lausbübereien nicht.

Sehr merkwürdig ist aber nicht nur die geschickte Art, sondern auch der Inhalt des kommunistischen Einheitsfrontangebots. Gemeinsame Versammlungen möchte man das ist sehr eigenartig, denn bisher hatte zu unseren öffentlichen Bergarbeiterversammlungen jeder Bergarbeiter und zu den Belegschaftsversammlungen jedes Belegschaftsmitglied Zutritt. Also hier rennt man im wahren Sinne des Wortes offene Türen ein. Bleiben noch die Mitgliederversammlungen. Da der kommunistische Einheitsverband bis jetzt noch keinen Klassenbericht und keine Mitgliederstatistik veröffentlicht hat, wissen wir nicht, wie stark der „revolutionäre“ Verband ist. Nach zuverlässigen Verlautbarungen haben aber die Kommunisten im Ruhrgebiet nicht einmal 10 Prozent des Mitgliederbestandes unseres Verbandes. Das kommunistische Angebot, in gemeinsamen Mitgliederversammlungen neben einem Verbandsreferenten auch einen kommunistischen Referenten sprechen zu lassen, steht daher mehr nach parteipolitischer Geschäftemacherei als nach ernsthafter Einheitsfront aus. Bleiben noch die örtlichen und betrieblichen Kampfausschüsse. Auch hier kann gesagt werden, daß die Einteilung und Durchführung eines wirksamen Streiks nur durch zentrale Beschlüsse und Aktionen möglich ist. Auf Grund dieser Erwägungen konnte u. E. die Bezirksleitung des Ruhrgebietes das merkwürdige Einheitsfrontangebot des EWV. nur mit folgenden Zeilen beantworten:

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Februar und teilen Ihnen hierdurch mit, daß es nicht im Bereich unserer Zuständigkeit liegt, zu Ihrer Anregung Stellung zu nehmen und eine Entscheidung zu treffen. Für unseren Verband ist zuständig der Verbandsvorstand. Es dürfte daher Sache Ihrer Zentrale sein, sich mit diesem in Verbindung zu setzen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß Ihre Anregung im Grunde genommen eine Frage betrifft, die wegen ihrer Grundfähigkeit und Bedeutung nicht nur eine Berufsgruppe angeht und deshalb vor das Forum des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gehört. Wir sehen davon ab, Ihr Schreiben an die zuständigen Stellen weiterzuleiten, weil wir nicht wissen, ob Ihnen diese Weiterleitung genehm ist. Sollte über die zuständige Verbandsstelle bzw. über den A.D.G.B. eine Verständigung erfolgen, so ist für uns die weitere Haltung entsprechend der Verständigung von selbst gegeben.“

Bezirksleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet.
Weier.“

Wille zur Einheitsfront oder Agitationsmanöver?

Ein Vorstoß der Kommunisten und die Antwort unseres Verbandes.

Um nicht mißverstanden zu werden, sei vorweg betont, daß gerade die freigeordneten Bergarbeiter die Zerspaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationsrichtungen schon immer als ein bekämpfenswertes Uebel angesehen haben. Schon vor Ausbruch der Krise und dem Vormarsch der Rechtsradikalen haben wir unsere Aufgabe darin gesehen, die Bergarbeiter für ihren wirtschaftlichen Befreiungskampf einheitlich zu organisieren. Um dieser Lösung den notwendigen Nachdruck zu verleihen, veröffentlichte unser Verband vor einigen Jahren noch eine Broschüre über die Unternehmerorganisationen im Bergbau. Darin wurde überzeugend nachgewiesen, daß die Unternehmer ohne Rücksicht auf konfessionelle und parteipolitische Zugehörigkeit sich machtvolle Wirtschaftsverbände geschaffen haben. Daraus schlüsselfolgerichtig wird, auch die Bergarbeiter mühten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen eine machtvolle Einheitsorganisation schaffen.

Trotzdem erlebten wir kurze Zeit nach dieser Veröffentlichung die Neugründung einer Bergarbeiterorganisation, die Schaffung des kommunistischen „Einheits“verbandes. Nach der kommunistischen Besart soll diese kommunistische Bergarbeiterorganisation „im Feuer des Kampfes“ spontan entstanden sein. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Gründung der neuen kommunistischen Splitterorganisation im Bergbau ist nur ein Glied in der Gründung zahlreicher kommunistischer Gewerkschaftsverbände. Auch in den Berufen, in denen wilde Streikparolen nicht besetzt wurden, wo man also von einem „reformistischenerrat“ nicht reden konnte, versuchte man, im Gegensatz zu den bestehenden Gewerkschaften, neue „revolutionäre“ Gewerkschaftsverbände (R.W.D. und E.V.D.) zu gründen. Entscheidend für die Gründungsversuche neuer kommunistischer Gewerkschaften war ein Moskauer Beschluß, der im September 1930 gefaßt wurde und die Anhänger der kommunistischen Internationale zur Schaffung revolutionärer Verbände verpflichtete. Die Entstehung kommunistischer Bergarbeiterorganisationen ist daher nicht auf eine Massenbewegung von unten, sondern auf einen Beschluß der kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer in Moskau zurückzuführen. (Siehe Bericht in der kommunistischen Ruhrpresse vom 30. September 1930.)

Wie wenig es sich bei der kommunistischen Gewerkschaftsgründung im Bergbau um ein Massenbedürfnis, um eine Aktion von unten handelte, geht aus der Entwicklung des EWV. klar hervor. Der mit vielem Tamtam ins Leben gerufene kommunistische Einheitsverband im Bergbau hat sich bis jetzt als eine Mißgeburt erwiesen. Das geht besonders aus den kommunistischen Zeitungsmeldungen hervor. So hatte beispielsweise der EWV. kürzlich seinen zweiten Verbandstag. In den Berichten über diese Generalversammlung sucht man vergebens einen Klassenbericht oder eine Darstellung der Mitgliederbewegung. Auch ein Tätigkeitsbericht fehlt vollständig. Darin liegt für jeden Kenner der Organisationsverhältnisse das Eingeständnis einer organisatorischen Pleite. Aber nicht nur im Bergbau, auch in allen anderen Berufen haben die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen Schiffbruch erlitten. Zum zweitenmal haben sie erleben müssen, daß die Arbeiterschaft von parteipolitischen Gewerkschaften nichts wissen will.

Nach alledem mußte man mit einem Kurswechsel der kommunistischen Gewerkschaftstatik rechnen. Im gewissen Sinne ist dieser bereits erfolgt, indem man neuerdings wiederum in kommunistischen Zeitungen zahlreiche Parolen zur Eroberung der „reformistischen“ Gewerkschaften herausgibt. (Vgl. u. a. die „rote Fahne“ vom 1. Dezember 1932.)

In diesem Zusammenhang ist nun ein Schreiben nicht uninteressant, das die Bezirksleitung des kommunistischen Einheitsverbandes im Ruhrgebiet an die Bezirksleitung unseres Verbandes gerichtet hat. In diesem Schreiben macht man ein „Einheitsfrontangebot“. Das Kernstück desselben lautet: „Der EWV. ist der Meinung, daß die Stunde gekommen ist, wo die gesamte Arbeiterklasse, insbesondere aber die Bergarbeiter des Ruhrgebietes, in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsrichtungen gegen den gemeinsamen Feind, das Zehnkapital, seine Terror- und Streikbrecherbanden zusammenstehen muß.“

Die Bezirksleitung des EWV. schlägt folgende Maßnahmen vor, die sofort in den Betrieben und örtlichen Organisationen ergriffen werden müssen, um die gesamte Bergarbeiterschaft zu einem einheitlichen Kampfblock zusammenzuschließen:

- a) In allen Betrieben treten sofort sämtliche Betriebsräte und Funktionäre unserer Organisation zusammen, um Stellung zu nehmen zu den durch die Situation bedingten Kampfaufgaben.
- b) Durchführung gemeinsamer Mitgliederversammlungen unserer Organisation für alle Schichtanlagen.
- c) Organisierung von Belegschaftsversammlungen, in denen je ein Vertreter unserer Organisationen zur Belegschaft spricht.
- d) In jedem Betrieb wird ein Kampfausschuß gegen Lohnraub und Faschismus der gesamten Belegschaft gebildet. Außerdem schlagen wir folgende Maßnahmen vor:
 1. Gemeinsame Stellungnahme aller örtlichen Leitungen unserer Organisationen zur Durchführung der antisfaschistischen Einheitsfrontaktion.
 2. Gemeinsame Mitgliederversammlungen unserer Organisationen, in denen je ein Vertreter jeder Organisation zu den Kampfaufgaben spricht.
 3. Wahl von örtlichen Kampfausschüssen zur Führung der Kampfaktionen.

2. Gemeinsame Mitgliederversammlungen unserer Organisationen, in denen je ein Vertreter jeder Organisation zu den Kampfaufgaben spricht.
3. Wahl von örtlichen Kampfausschüssen zur Führung der Kampfaktionen.

Zu diesem Einheitsfrontangebot ist zunächst zu bemerken, daß es einen wenig ernsthaften Charakter trägt. Käme es den Kommunisten auf eine wirkliche Einheitsfront an, dann hätten sie diesen Vorstoß nicht von der Bezirksleitung, sondern von ihrem Verbandsvorstand aus unternommen. Ob dieser Verbandsvorstand berechtigt ist, derartige grundsätzliche Beschlüsse zu fassen, ist zwar zweifelhaft, da die Gründung von kommunistischen Verbänden auf Moskauer Beschlüsse zurückzuführen ist. Immerhin wäre ein Vorschlag der Verbandsleitung das mindeste gewesen. Außerdem mußte man ein ernstgemeintes Angebot an unseren Verbandsvorstand und nicht an die untergeordnete Instanz, an die Bezirksleitung, richten, die für die Erledigung dieser grundsätzlichen Frage gar nicht zuständig ist. Wenn die kommunistischen Schreiber ihr Einheitsfrontangebot mit dem Taristkampf im Ruhrbergbau begründen, dann haben sie dieses Argument inzwischen dadurch entwertet, indem man auch in anderen Verbandsbezirken ähnliche Vorstöße unternimmt, also in Bezirken, wo nach den kommunistischen Auslassungen der akute Anlaß, der Taristkampf im Ruhrbergbau, nicht vorliegt. Wie wenig ernst den Kommunisten das Einheitsfrontangebot ist, geht endlich daraus hervor, daß sie zu gleicher Zeit, in der sie das sechs

Drei Jahre Rechtschuztätigkeit.

Die Rechtschuztätigkeit des Verbandes ist der dauernde Kampf, mit Hilfe der Rechtsbeurteilung und Rechtsprechung die Interessen der Mitglieder bestmöglich wahrzunehmen. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um Rechte aus den Tarifverträgen, der Sozialversicherung oder der Arbeiterschutzgesetzgebung handelt, oder ob es gilt, strafrechtliche Vergehen abzuwehren. In jedem Falle steht der Verband seinen Mitgliedern durch kostenlose Anfertigung von Schriftsätzen, Übernahme von Vertretungen und Wahrnehmung von Terminen tatkräftig zur Seite. Gelingt es nicht, an den unteren Instanzen dem Mitgliede zu seinem Recht zu verhelfen, dann müssen mit Hilfe des vom Verbandsvorstand bewilligten erweiterten Rechtsschuzes die Berufungs- und Revisionsinstanzen um eine Entscheidung angegangen werden. So wurde in den Jahren 1930 bis 1932 in 528 Streitfällen der erweiterte Rechtsschuz bewilligt. Davon waren 321 Streitsachen vor den Landesarbeitsgerichten und 58 Fälle vor dem Reichsarbeitsgericht. 116 Klagen waren Straf- und 14 sonstige Zivilstreitsachen. In 19 Fällen wurden die Kosten durch den Vorstand nachträglich bewilligt. An Barerfolgen wurden in den einzelnen Jahren ermittelt:

1930:	730 399,67 M. und	568 070,36 Fr.
1931:	1216 375,02 „ „	492 114,95 „
1932:	1037 064,57 „ „	695 335,70 „

Insgesamt: 2983 839,26 M. und 1755 521,01 Fr.

Die Frank-Beträge wurden von unserer Bezirksleitung in Saarbrücken erstritten. Es handelt sich bei den angeführten Beträgen nur um die ermittelten Barerfolge, nicht aber um die Auswirkung berücksichtigt, die grundsätzliche Entscheidungen im Besolge hatten und die sich, z. B. im Urlaubsrecht, auf Millionenbeträge bezifferte. So können jährlich Millionen den Mitgliedern und leider auch den Unorganisierten durch die Rechtsschuztätigkeit des Verbandes zugeführt werden. Rechtsfragen sind aber in erster Linie Nachfragen, die mit dem Rechtsempfinden nicht immer etwas gemeinsam haben. Insbesondere in der heutigen Notzeit bewahrheitet es sich nur zu oft, daß das Recht nicht „richtig“ zu sein braucht. Darum kämpft für ein Recht, das auch dem Rechtsempfinden der Arbeiterschaft gerecht wird!

Wählt am 5. März Arbeitervertreter, Liste 2!

Auch die „Nationalen“ werden helle.

Auf die Wahl- und Rundfunkrede Hitlers im Berliner Sportpalast antwortet der nationale Jungdeutsche Orden mit einem Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Stimme, die wir hörten, ist nicht die eines Rangiers, der unserem unglücklichen deutschen Volke den Frieden bringen kann... Wir wollen nichts mehr hören von Vergangenheit, Vergeltung und Marziften, die längst nicht mehr am Ruder sind. Uns ergreift innere Empörung, wenn heute, vierzehn Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918, die Schuldfrage immer wieder in den Vordergrund gestellt werden soll... Wir wollen wissen, was geschehen soll. Darüber aber haben wir nicht ein Wort gehört. Wo bleibt der öffentliche Widerruf der Kriegsschuldfrage? Wo bleibt die Einstellung der Reparationszahlungen? Wo bleiben alle uns verheißenen Maßnahmen gegen das Finanzkapital, das nicht mehr in der Lage ist, die deutsche Arbeit zu finanzieren? Wo bleibt der Marsch zur Scholle? Wo bleiben die Versprechungen, die man uns gemacht hat?“

Waren die Versprechungen, die man uns gegeben hat, alle nur dazu da, um Stimmen zu sammeln? Glaub man wirklich, daß der ganze deutsche Nationalismus durch den Fluch der Parteipropaganda schon so verdummt und entgeistert ist, daß man ihm nicht zu sagen braucht, wo man ihn hinführen will? Der Reichskanzler fordert alle Nationalisten auf, ihm zu folgen.

Wir Jungdeutschen werden nicht ablassen, die Reichsregierung unaufhörlich zu fragen: Wohin soll der Weg gehen? Wir sind von tiefstem Mißtrauen erfüllt. Was soll aus Deutschland werden, wenn dieser Wahn zerbricht?

Wir, die wir unseren kühlen Verstand in dem sinnlosen Taumel einer fanatischen Parteipropaganda erhalten haben, erkennen unsere große Aufgabe darin, alles vorzubereiten, um den Nationalismus vor einer furchtbaren Niederlage zu bewahren. Nicht Phrasen, Bahlen und Haßpropaganda, sondern einzig und allein resolute Klarheit ist das Gebot der Stunde! — Das große Erwachen hat begonnen...

Arbeiter, sorgt dafür, daß eure Brüder und Schwestern sich nicht dummer zeigen werden am 5. März als die „Nationalen“ selbst. Keine Stimme den Regierungsparteien!

Alle Stimmen der Liste 2!

Zurück zur Erbsenuppe!

Auf dem Kongreß der nationalsozialistischen Ärzte am 5. Dezember 1931 in Leipzig erklärte Gregor Straßer, der neben Adolf Hitler bis vor kurzem der eigentliche Wortführer der Naziartei war:

„Im Dritten Reich werde man der Frau beibringen, mit dem Gelde, das der Mann nach Hause bringt, auszukommen. Wurst und Weißbrot werden verschwinden. Dafür werden die Nazis die gute alte Erbsenuppe wieder zur Ehren bringen. Noch kurz zuvor hatte Straßer in einer Stuttgarter Versammlung verkündet: „Dann wollen wir dem deutschen Volke einmal etwas vorerzählen.“

Das Dritte Reich ist zwar noch nicht vollendet, immerhin aber erfreuen wir uns bereits der Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers. Die erste Handlung seiner Regierung, nach dem Erlaß von neuen Notverordnungen, bestand in der Erhöhung von Zöllen. Am 15. Februar 1933 sind die Zölle pro Doppelzentner erhöht worden für

Rindvieh	von 27 M. auf 50 M.,
Schafe	von 22,50 M. auf 45 M.,
Schweine	von 36 M. auf 50 M.,
Fleisch	von 40 bis 120 M. auf 100 bis 281 M.,
Schmalz	von 12,50 M. auf 50 M.,
Speck	von 20 M. auf 36 M.,

Alle Zölle verfolgen den Zweck, den inländischen Markt gegen die Ueberschwemmung mit billigen Auslandsprodukten zu schützen. Oder deutlicher ausgedrückt: die Preise für inländische Erzeugnisse sollen hochgehalten, wo sie den Erzeugern zu niedrig erscheinen, um den Zollsatz erhöht werden. Die Folge der neuen Zollerhöhungen kann also nur eine Verteuerung von Fleisch, Schmalz und Speck sein!

Da durch diese Zollpolitik den Agrarstaaten weitgehend die Möglichkeit genommen wird, ihre Produkte nach Deutschland auszuführen, macht man es ihnen gleichzeitig auch unmöglich, deutsche Industriewaren einzuführen. Die ausländischen Staaten können nämlich nur in dem Maße deutsche Waren einführen, als sie durch eine entsprechende Ausfuhr ihrer Produkte in den Besitz der notwendigen Devisen gelangen. Die Zollpolitik der jetzigen Regierung wirkt also nicht nur preisstärkend, sondern erschwert auch die Ausfuhr. Es bleibt daher das Geheimnis der Hitler-Regierung, woher durch derartige Maßnahmen die notwendige Wirtschaftsbelebung kommen soll!

Wchtung! Generalversammlung!

An die Verbandsmitglieder!

Wir machen die Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß alle Zahlstellen jeht zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Stellung nehmen müssen und sie dafür zu sorgen haben, daß sich die Mitglieder zahlreich an der Wahl beteiligen. Die Namen der aufgestellten Kandidaten müssen unter Angabe der Adresse, der Verbandsnummer und des Eintrittsalbums der zuständigen Bezirksleitung bis spätestens zum 11. März 1933 mitgeteilt werden. Spätere Kandidatenmeldungen können bei der Wahl nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir bitten, die Fristen innezuhalten und bei allen Maßnahmen die Bestimmungen der Wahlordnung genau zu beachten.
Der Verbandsvorstand.

Einteilung der Wahlabteilungen.

- Wahl- abteilung:**
- Bezirk Ruhrrevier.**
- 1 Warstein, Ibbenbüren, Uhlen I, Uhlen II, Heezen, Markt, Werries.
 - 2 Hamm, Herringen, Altenböge, Bönen I, Bönen II, Benningens, Weischerhöfen, Rabbob.
 - 3 Anna, Massen I, Massen II, Massen III, Massenerheide, Bilmersch, Königsbörn, Saline, Altheide, Mühlhausen, Lünern, Ufferde.
 - 4 Kamen I, Kamen II, Kaiserau, Hufen, Breiten-Methler, Heeren I, Heeren II.
 - 5 Berglamen, Kamen III, Rünthe, Weddinghofen, Werne, Eventamp, Oberaden.
 - 6 Uffeln, Neu-Uffeln, Wicke, Brackel, Colng II, Colng III.
 - 7 Dortmund I, Dortmund II, Dortmund III, Dortmund IV, Dortmund V, Colng I, Lindenhorst.
 - 8 Deussen, Hudarde, Rahm, Dorstfeld I, Dorstfeld II, Marten, Despel I, Despel II, Rien.
 - 9 Annen I, Annen II, Auf dem Schnee, Ende, Rüdlinghausen, Schanze.
 - 10 Stodum, Eichlinghofen, Menglinghausen, Barop, Persebeck, Hombruch, Krudel.
 - 11 Brüninghausen, Lüttemberg, Kirchsörbe, Blittermarkt, Wellinghofen, Höchsten, Hohensburg, Sommerberg, Berg-hofen, Benninghofen, Hörde, Hachenen.
 - 12 Holzwickede I, Holzwickede II, Henglen, Eichholz, Söde, Aplerbeck, Aplerbeckermarkt, Schwertzerheide, Schüren.
 - 13 Selin-Wort, Lünen-Stadt, Lünen-Nord, Lünen-Süd, Lünen-Horstmar, Lünen-Alstede.
 - 14 Brambauer I, Brambauer II, Brechten, Kirchnerne, Dorne I, Dorne II, Scharnhorst, Niederaden, Grevel.
 - 15 Mengede, Groppenbruch, Netze, Westersilde, Bodesschwingh, Deiningshausen, Idern I, Idern II, Habinghorst, Kirchlünde.
 - 16 Castrop I, Castrop II, Castrop III, Lütgendortmund, Bödinghausen, Westrich, Merklunde, Raugel-Schwerin.
 - 17 Herne I, Herne II, Herne III, Herne IV, Herne-Ost, Herne-Constantin, Herne-Altenhöfen, Sodingen, Hoth-Wörnig.
 - 18 Altenbochum I, Laer, Kalthardt, Werne, Querenburg.
 - 19 Bochum II, Bochum IV, Bochum V, Bochum VI, Bochum VII, Bochum IX, Horbel, Kiemte.
 - 20 Dahlhausen I, Dahlhausen II, Hörsterholz, Linden, Howege, Ostholz, Witz-Baak, Weimar I, Weimar II, Bochum I.
 - 21 Bergen, Gerthe I, Gerthe II, Gerthe III, Harpen, Alten-bochum II, Bochum III, Bochum VIII.
 - 22 Langendreer I, Langendreer II, Langendreer III, Somborn.
 - 23 Stiepel I, Buchholz, Blankenstein, Holthausen, Bredenscheid, Hattungen, Herbebe, Stiepel II, Stiepel-Dorf, Westherbebe.
 - 24 Nieder-Sprockhövel, Ober-Sprockhövel, Stüter, Hiddinghausen, Häßlinhausen, Sillscheide.
 - 25 Bommern, Vormholz, Durchholz, Esborn, Heven, Wengern, Witten.
 - 26 Gladbeck I, Gladbeck II, Ellinghorst, Butendorf, Braud.
 - 27 Buer, Beckhausen, Blisse, Erle I, Erle II, Erle III, Reffe, Horst-Emscher, Horst-Emscher-Süd.
 - 28 Gladbeck III, Zwedel, Hassel, Scholben, Dorsten, Herbest-Dorsten, Holsterhausen, Borken.

- Wahl- abteilung:**
- 29 Bottrop I, Bottrop II, Bottrop III, Bottrop IV, Bottrop V, Eigen, Osterfeld I, Osterfeld II.
 - 30 Hertel, Westertorf, Bertlich, Langenbochum, Disteln, Hoch-lar, Scherlebed, Hocharmar.
 - 31 Marl, Drewer, Hüls, Venkerbed, Spedhorn, Haltern, Dül-men, Sinsen, Datteln, Waltrop I, Waltrop II, Henrichen-burg, Weckinghofen.
 - 32 Redlinghausen I, Redlinghausen II, Redlinghausen III, Redlinghausen-Süd I, Redlinghausen-Süd II, Redling-hausen-Süd III, Redlinghausen-Süd IV, Rößlinghausen, Suderwick, Rapen, Erkenschmid, Studentenbusch.
 - 33 Eidel I, Eidel II, Wattenscheid I, Wattenscheid II.
 - 34 Günnigfeld, Gelsenkirchen II, Gelsenkirchen IV, Röhling-hausen, Westensfeld.
 - 35 Wanne, Gelsenkirchen III, Rotthausen.
 - 36 Gelsenkirchen I, Gelsenkirchen V, Gelsenkirchen VI, Gelsen-kirchen VII, Gelsenkirchen VIII, Gelsenkirchen IX, Höntrup, Eppendorf, Sevinghausen, Leithe.
 - 37 Alteneßel I, Bergeborbeck.
 - 38 Alteneßel II, Katernberg.
 - 39 Essen-Karnap, Essen-Borbed, Essen-Bochold, Essen-Dellwig, Essen-Frintrop, Essen-Schönebeck.
 - 40 Essen-Altendorf, Essen-Frohnhäusen, Essen-Holsterhausen, Heißen, Essen-Fulerum, Essen-Saarzopf, Essen-Rüttenscheid, Essen-Bredeneu, Essen-Nesslinghausen.
 - 41 Essen-Schonnebeck, Essen-Stoppenberg, Essen-Kran, Essen-Kran-Leithe, Essen-Frillendorf.
 - 42 Essen-Altstadt, Essen-Bergerhausen, Essen-Steete, Essen-Königssteete, Essen-Freienbruch.
 - 43 Essen-Werden, Velbert, Hamm-Rottberg, Essen-Kupferdreh, Essen-Weberhütten, Essen-Heilingen, Altendorf-Ruhr, Horst-Ruhr, Essen-Eiberg, Niederwengern, Niederbonsfeld.
 - 44 Oberhausen I, Oberhausen II, Oberhausen III, Oberhausen IV, Oberhausen V, Altstadt, Strum, Sterkrade II, Sterkrade-Nord, Herten, Buchhausen.
 - 45 Wülheim I, Wülheim II, Holthausen, Dimpfen, Melderich I, Melderich II, Laar, Neuenkamp, Beck, Beckertwerth.

- Wahl- abteilung:**
- 46 Schmidhorst, Hamborn I, Marxloh I, Marxloh II, Marx-loh III, Ober-Marxloh, Behofen, Aldentade, Dinlaken, Lohberg, Wesel.
 - 47 Linißort, Hochheide, Sevelen.
 - 48 Asberg, Bergheim, Borth, Hochhemmerich, Holberberg, Neu-kirchen, Meerbeck, Moers, Kerpelen, Scherpenberg, Schwaß-heim, Xanten.
Bezirk Hannover.
 - 49 Ahnsen, Hespfen, Kleinbremen, Obernkirchen, Nollshagen, Seggebruch, Sübed, Tallensen, Vehlen.
 - 50 Engen, Kirchhorsten, Veltwegen, Nienstädt, Südhörsten, Stadhagen, Wendhagen.
 - 51 Altenhagen, Bantorf, Walsinghausen, Beckendorf, Botesoh, Eggestorf, Feggenndorf, Hagenburg, Hohenbofkel, Hope, Kirch-dorf, Langreder, Nienstedt, Oberwöhren, Rodenberg, Wich-tringhausen.
 - 52 Alfeld, Banteln, Bolzum, Bredeneck, Dietholzen, Freden, Gehrden, Groß-Rhüden, Hannover, Hildesheim, Lechte, Lübbe, Osterwald, Ronnenberg, Salzdelfurth, Sarstedt, Sehnbe, Wallensen, Weezen, Wennigsen.
 - 53 Astenau, Badenhausen, Bad Grund, Clausthal, Dörnten, Goslar, Lautenthal, Salzgitter, Biensenburg, Weddingen, Wildemann, Windhausen, Zellerrfeld.
 - 54 Alversdorf, Althensfeld, Austleben, Barneberg, Bündheim, Esbeck, Hörensleben, Lengde, Ofleben, Schöningen, Som-merphenburg, Wölpe, Wiedelah, Wittmar, Wolfenbüttel.
 - 55 Allersingerleben, Barmke, Beendorf, Bündersfeld, Gras-leben, Harble, Helmstedt, Königslutter, Reinsdorf, Runstedt, Sommersdorf, Süpplingen, Ummendorf, Walbeck, Wolfens-leben, Wolsdorf.
 - 56 Akenstedt, Bierbergen, Bodenstedt, Buchholz, Burgdorf, Celle, Groß-Bülten, Groß-Gollchen, Hünigsen, Höfer, Hohen-eggeßen, Lengede, Lesje, Neu-Delsburg, Oberg, Debelum, Wallstedt, Wathlingen, Wiehe, Winsen.

Es braust der März...

Der März war immer ein Rebell, ein harter, trotziger Gesell. Jetzt legt erneut sein fünfter Tag mit Hagel, Sturm und Donnerschlag das deutsche Land vom Unrat rein, von Mordgeist und Gesinnungspein. Das Volk braust los wie Märzesturm und stürmt des Terrors braunen Turm und jagt ergrimmt aus seinem Haus die Brut der Barbarei hinaus und baut nach hartem Siegeslauf den Turm des Rechtes wieder auf und schafft dem Sinn, der Schrift, dem Wort die wahre Freiheit immerfort. Jetzt heißt es wieder: Drauf und dran! Millionen treten wieder an! Millionen warten auf die Wahl! Millionen warten auf Signale! Millionen stehen kampfbereit! Millionen hämmern sich die Zelt! Aus allen Urnen braust der März dreipfeilig der Gewalt ins Herz und wie ein Märzsturm geht der Schrei: Wählt Liste 2 — nur Liste 2! v. k.

- Bezirk Jeltz.**
- 57 Altenburg, Klaus, Hasebach, Lehma, Stalchow, Windisch-leuba, Zschau.
 - 58 Falkenhain, Meuselwitz, Nitzsch, Pötzsch, Wintersdorf.
 - 59 Bornitz, Droyßig, Geußnitz, Rehrsdorf, Rönderitz, Kottitz, Zipsdorf.
 - 60 Ragna, Kretschau, Proßen, Teuchern, Trebnitz, Zeitz.
 - 61 Gröben, Ludenau, Raundorf, Osterfeld, Söbden, Thelßen, Tollwitz, Werchen.
 - 62 Döbriß, Brunau, Hohenmößen, Mutschwitz, Rößbach, Unter-nessa, Welschfeld.
 - 63 Brennersgrün, Ebersdorf, Gohwitz, Grumbach, Hahlsch, Hesselbach, Hirschfeld, Lauenstein, Lohsten, Lichtentanne, Martitzsch, Meura, Probstzella, Reichenbach, Röttersdorf, Schmiedebach, Schmiedefeld, Teuschitz, Tschirn, Unter-loquitz, Unterweißbach, Weitzsberga, Wickendorf, Wurzbach.
- Bezirk Halle.**
- 64 Geschäftsstellenbereich Merseburg I.
 - 65 Geschäftsstellenbereich Merseburg II.
 - 66 Geschäftsstellenbereich Bitterfeld.
 - 67 Geschäftsstellenbereich Salzgungen.
 - 68 Geschäftsstellenbereich Halle-Oberböblingen.
 - 69 Bernburg, Biendorf, Cörmigt, Edderitz, Görzig, Gröbzig, Köthen, Teßben, Tschö, Radegeist.
 - 70 Aken, Brumby, Calbe, Osternburg, Bömmelte, Schöne-bed, Staffurt.
 - 71 Geschäftsstellenbereich Egeln.
 - 72 Früherer Geschäftsstellenbereich Albersleben.
 - 73 Heitsteden, Molmel, Burgörner-Altendorf, Burgörner-Neudorf, Lugsdorf, Siersleben, Thondorf, Großbörner, Oberwieder-stedt, Sandersleben, Wippa.
 - 74 Gerbstedt, Heiligenthal, Postleben, Reimbach, Mansfeld, Batterode, Blankenheim, Emfeloß, Riestedt, Weittelode, Greifenhagen, Weißberg, Sglda, Quenstedt.
 - 75 Borna, Beiersdorf, Blumroda, Brandis, Böhlen b. Leisnig, Ecksfeld, Froburg, Kößern-Neunitz, Lobstädt, Ragewitz, Thrana, Wöhra, Jechlitz.
 - 76 Breunsdorf, Böhlen bei Leipzig, Dölitz, Großsch, Rahns-dorf, Lucka, Ramsdorf, Regis-Breitlingen, Röhigen, Mar-transtädt, Zwentau.
 - 77 Helbra, Klostermansfeld, Benndorf.
 - 78 Ziegelrode, Uhltdorf, Hergisdorf, Creisfeld, Wimmelburg, Annarode, Siebigerode, Gorenagen.
 - 79 Eisleben, Volkstedt, Helfta, Wolferode, Bischofode, Holden-stedt, Unterrißdorf, Oberrißdorf, Hebersleben.

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Als dann das Gespräch fortgesetzt wurde, geschah dies in einem ganz anderen Ton. „Cotton“, meinte der Gefangene, „ich bemerke, daß Sie ein gebildeter Mensch sind. Ich glaube fast, Sie waren einmal das, was die Welt Gentleman nennt.“

Das Blut schoß dem Berghauptmann ins Gesicht. „Gehen Sie zum Teufel!“

„Ich habe gar nicht vor, an Sie Fragen zu richten“, fuhr Hal fort. „Kann mir denken, daß Ihnen die Beantwortung peinlich wäre. Ich meine bloß, daß Sie, als Ex-Gentleman, einige Seiten dieser Sache verstehen können, die einem Sklavhalter wie Stone oder einem Experten wie Carwright entgegen. Ein Gentleman vermag einen anderen sogar in der Verkleidung eines Grubenarbeiters zu erkennen. Habe ich recht?“

Hal wartete auf eine Antwort, und der Berghauptmann warf ihm einen lauernden Blick zu: „Wahrheitlich!“

„Nun, Cotton“, begann der Gefangene von neuem, „Sie haben mir eben die Gerichtsverhandlungen ausgemalt. Lassen Sie mich die Sache fortsetzen. Da haben Sie nun die von Ihnen erfundene Anklage, auf den Bänken Ihre auserwählten Geschworenen, auf dem Richteritz Ihre auserwählten Richter; Ihr auserwählter Staatsanwalt führt die Sache zu Ende. Schon ist es Ihnen gefällig gestattet, Ihr Opfer, als warnendes Beispiel für die anderen Arbeiter, ins Gefängnis zu werfen. Wie aber, wenn sich nun auf dem Höhepunkt plötzlich herausstellt, daß Ihr Opfer eine Persönlichkeit ist, die gar nicht eingekerkert werden kann?“

„Nicht eingekerkert werden kann?“ wiederholte der andere in gedankenvollem Ton. „Das müssen Sie näher erklären.“

„Ist das bei einem Manne von Ihrer Intelligenz wirklich notwendig? Wissen Sie denn nicht, Cotton, daß es Leute gibt, die Sie nicht ins Gefängnis werfen können?“

Einen Augenblick rauchte der Berghauptmann schweigend, dann: „Es gibt solche im Departement, doch glaube ich sie alle zu kennen.“

„Und ist es Ihnen nie eingefallen, daß es auch im St a a t e solche gibt?“

Tiefe Stille folgte diesen Worten. Die beiden Männer blickten einander scharf ins Gesicht. Je länger sie schauten, desto klarer sah Hal in den Augen des anderen Zweifel und Unsicherheit aufblitzen.

„Lenken Sie nur, wie peinlich es für Sie wäre“, fuhr der junge Mann fort. „Sie haben Ihr Drama fein inszeniert — so wie neulich abends —, nur die Bühne ist größer, das Publikum wichtiger; dann bei der Entwirrung erkennen Sie plötzlich, daß Sie sich nicht vor den Arbeitern des Nordales gerechtfertigt, sondern vor dem ganzen Publikum des Staates ins Unrecht gesetzt, daß Sie sich vor der ganzen öffentlichen Meinung klar als Gehebbrecher — ja ärger noch, als Tölpel und Idiot bloßgestellt haben.“

Diesmal blickte ihn der Berghauptmann so lange an, daß die Zigarre ausging. Derweilen räkelte Hal sich behaglich in seinem Stuhl und lächelte leicht. Dem Berghauptmann war, als fände vor seinen Augen eine Verandlung statt: die Berg-mannskleider fielen von Hal ab, er sah ihn elegant, im Frack vor sich.

„Wer zum Teufel sind Sie denn?“ schrie er auf.

„Nun“, lachte Hal, „Sie prahlen ja eben mit Ihrem vor-züglichen Geheimdienst. Lassen Sie die Angestellten dies Pro-blem erforschen: ein junger Mann, Alter einundzwanzig Jahre, Größe fünf Fuß, zehn Spannen, Gewicht hundertzweihundert-fünfzig Pfund, braune Augen, kastanienfarbenes Haar, ein wenig ge-wellt, gewinnende Art, ein Liebling der Damen — wenigstens behaupten das die „Gesellschaftsnachrichten“ — seit Anfang Juli verschollen — man glaubt, er jage in Mexiko auf Bergzügen. Wie Sie ja wissen, Cotton, gibt es in diesem Staat eine einzige Stadt, die sich ihrer „Gesellschaft“ rühmt, außerdem sind in dieser Stadt nur fünfundzwanzig bis dreißig Familien, die etwas be-deuten. Für einen Geheimdienst, wie es der der Allgemeinen Begehrzugesellschaft ist, muß das doch ein Kinderpiel sein!“

Wieder herrschte Schweigen, das schließlich von Hal gebrochen ward. „Ihre Verstorheit beweist Ihre Einsicht. Es ist ein Glück für die Gesellschaft, daß zufällig einer ihrer Berghauptmänner ein Ex-Gentleman ist.“

Abermals erstörte der andere. „Bei Gott“, sagte er halb zu sich selbst. Dann mit einem letzten Versuch, die Oberhand zu behalten: „Sie treiben Spott mit mir.“

„Das ist eine der Lieblingsbeschäftigungen der Gesellschaft, Cotton. Der gegenseitige Verkehr, wenigstens der jüngeren Mit-glieder der großen Welt, besteht darin.“

Plötzlich erhob sich der Berghauptmann: „Sagen Sie ein-mal“, fragte er, „hätten Sie etwas dagegen, auf einige Minuten wieder hinaufzugehen?“

Hal konnte nicht umhin, zu lachen: „Ich hätte sehr viel da-gegen. Seit sechsunddreißig Stunden bin ich auf eine Diät von Wasser und Brot beschränkt, außerdem möchte ich gern ein wenig frische Luft schöpfen.“

„Aber“, sagte Cotton fast lässlich, „ich muß Sie doch wieder hinaufschicken.“

„Das ist etwas anderes“, erwiderte Hal. „Wenn Sie mich schicken, gehe ich; doch geschieht es auf Ihr Risiko. Sie haben mich ohne Haftbefehl, ohne Anklage in Haft gehalten, ohne mir Gelegenheit zu geben, mich mit einem Verteidiger zu beraten. Wenn ich nicht sehr irre, haben Sie sich dadurch strafbar gemacht und die Gesellschaft ist für den Schaden haftbar. Doch geht das natürlich ausschließlich Sie an. Ich wollte Sie nur auflären. Sie fragen, ob ich et w a s d a g e g e n h ä t t e, hinaufzugehen, und ich erwidere, daß ich sehr viel dagegen habe.“

Der Berghauptmann zögerte eine Weile, nervös an seiner erlöschenden Zigarre kauend. Dann schritt er zur Tür und rief: „He, Gus!“ Hals Kerkermeister erschien. Cotton flüsterte ihm etwas zu, und der Mann ging wieder. „Ich habe ihm befohlen, Ihnen ein Essen zu bringen. Sie können hierbleiben und essen. Paßt Ihnen das besser?“

„Das kommt darauf an“, erwiderte Hal, die Situation aus-nützend. „Laden Sie mich in meiner Eigenschaft als Gefangener oder als Gast ein?“

„Oh — lassen Sie mich in Ruhe!“ rief der andere.

„Ich muß doch meinen legalen Status kennen; er dürfte meinen Verteidiger interessieren.“

„Seien Sie mein Gast“, schloß der Berghauptmann.

„Hat ein Gast gegessen, so steht es ihm frei, fortzugehen.“

„Das werden Sie nach dem Essen erfahren.“

„Gut, aber befehlen Sie sich, ich esse äußerst rasch.“

„Versprechen Sie mir, nicht fortzugehen, ehe ich es Ihnen gestalte.“

„Wenn ich gehe“, lachte Hal, „gehe ich dorthin, wo ich meines Amtes zu walten habe. Sie können mich im Rippiraum antreffen, Cotton!“

(Fortsetzung folgt.)

Kampf den Gesichtslügen!

Wo sitzen die Feinde und Freunde des Volkes?

Eine sehr zutreffende und wirkungsvolle Abrechnung mit den Lügen und Verdrehungen, wie sie jetzt dem deutschen Volke durch den Rundfunk verkündet werden, hielt kürzlich unser Verbandsamerad und Landtagsabgeordneter **D E R R O T H**. In einer Funktionärskonferenz führte er u. a. aus, daß heute keiner aus den Reihen treten dürfe, wenn es sich um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung handele. 1918 übernahm die Arbeiterklasse den Scheiterhaufen, den die Monarchie und die kaiserlichen Generale hinterlassen hatten, die sich heute wieder in den Vordergrund drücken. 1918 floß kein Blut! Wir wollten mit geistigen Waffen siegen. Aber unsere vierzehnjährige, stets opferbereite, unermüdliche und erfolgreiche Arbeit um die Konsolidierung Deutschlands, unsere Menschlichkeit, wird uns jetzt dadurch belohnt, daß man sozialdemokratische Bürgermeister niederknallt, Freiheitskämpfer mordet, Attentate und Terrorakte auf Menschen und Gegenstände verübt. Zu Hunderten fallen in diesen Tagen unsere Leute, die nur das Allgemeine wohl wollen. Unsere Gegner haben sich alle auf dem Boden des Geistes, des besseren Arguments mit uns gemessen. Sie haben immer nur gemeuchelt!

Jetzt ist die Harzburger Front wieder geschlossen. Vor wenigen Wochen noch haben die Nazis jene Leute, mit denen Hitler jetzt in einer Regierung sitzt, als „feine Leute, Junkerliche, Herrenschicht“ usw. tituliert. Damals kämpften die Nazis plötzlich für die Volksrechte. Und sogar wir Sozialdemokraten waren in den Augen der Nazis das kleinere Uebel, gemessen an v. Papen usw. Der Herr über das wirtschaftliche und soziale Leben in Deutschland ist im Augenblick nicht Hitler, sondern **Hugenberg**. Jetzt geht die Nachricht vom „Wahlspieß“ durch die Zeitungen. Selbst wenn er käme, drei Tage nach der Wahl wäre alles wieder vorbei. Wenn jetzt der „Marxismus“ vernichtet werden soll, dann sei darauf hingewiesen, daß schon viele mit dieser Parole ausgezogen sind. Doch alle sind schon längst verschwunden, aber der Marxismus lebt immer noch und gewinnt immer und immer mehr Anhänger.

Das Verbrechen der Sozialdemokratie war, daß sie das Herrschaftsmonopol der adeligen Junkerklasse zerbrochen hat, daß sie versuchte, das Kaiserwort vom Dank des Vaterlands bei den Kriegssopfern wahrzumachen, daß sie das Tarif- und Arbeitsrecht schuf und für eine Einkunftsnahme der Arbeiterklasse auf die öffentliche Verwaltung den Boden bereitete.

Wir hatten schon wieder in Deutschland ein blühendes Wirtschaftsleben. Unter Reichskanzler Müller waren die Tagelöhne 2 Mark höher und die Zahl der Arbeitslosen betrug in der Maximalzeit nur zwei Millionen. Nachdem der Einfluß der Sozialdemokratie ausgeschaltet wurde, verlor die Wirtschaft und wird weiter verfallen müssen, denn der von der jetzigen Regierung eingeschlagene Wirtschaftskurs muß zu einem Handelskrieg mit der ganzen Welt führen. Man kann den Binnenmarkt nicht ankurbeln, wenn man die Kaufkraft schwächt. Zur Rettung des deutschen Volkes nahmen seinerzeit die Gewerkschaften die schwere Belastung des **U e b e r s t u n d e n a b k o m m e n s** im Bergbau auf sich. Ist es nicht geradezu ungeheuerlich, nun zu behaupten, wir hätten die Wirtschaft zerstört? Haben wir nicht die **R e i c h s e i n h e i t** gerettet und den Separatismus niedergeboren? Ist die Verfassung von Weimar nicht mit einer Vierfünftel-Mehrheit des deutschen Volkes beschlossen worden? War Reichskanzler **C u n o** nicht der Veranlasser der Inflation und die Stinnes, Thyssen, Röchling, Stumm usw. ihre Nutznießer? Finanzminister Hilferding **t a b i l i s i e r t e** die Mark und jetzt wird einfach das Gegenteil behauptet! Haben nicht die **D e u t s c h n a t i o n a l e n** dem **D a w e s - A b k o m m**

men für vier Ministerstände zugestimmt? Haben nicht sie sogar das **R e p u b l i k a n e r** verhängt und damit die Rückkehr des Kaisers verboten? Hat **E r z b e r g e r** in Compiègne nicht unterzeichnet, erst als er Vollmacht von **H i n d e n b u r g** hatte?

Wäre Hindenburg je Reichspräsident geworden, wenn die Kommunisten nicht gewesen wären? Jetzt wird von „vierzehn Jahren Marxismus“ gesprochen, aber nur knappe fünf Jahre waren die Sozialdemokraten mit an der Regierung beteiligt. Unter dem **D e u t s c h n a t i o n a l e n H e r g t** trat Deutschland in den Weltkriege. Heute macht man uns das zum Vorwurf. Unsere Aufgabe muß es nun sein, den Staatsstreik, den Verfassungsverbruch, zum mindesten zu erschweren. Kommt der Faschismus an die Macht, so ist das gleichbedeutend mit Inflation, Weltkrieg und ungeheuerlicher Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Wenn wir jetzt erlahmen, dann sind wir die **E w i g - G e s c h l a g e n e n**.

Darum beachtet die Mahnung des alten **A t t i n g h a u s**: **S e i t e t n i g**, **e i n i g**, **e i n i g**! **S e i d** aber auch entschlossen, das **A u s e r** zu wagen im Kampf um menschliche und demokratische Freiheiten, für den Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse, für den Sieg der Arbeiterklasse!

Wählt am 5. März Liste 2, Sozialdemokraten!

Herrn Seldtes Programm.

H e r r S e l d t e, im Zivilberuf Selterswasserfabrikant, wurde eines Morgens aus dem Bett geholt, und ehe er sich den Schlaf aus den Augen getrieben hatte, war er Leiter des größten deutschen Ministeriums geworden. Das hat er sich selbst einige Tage vorher nicht träumen lassen.

Ueber seine Aufgaben hat Seldte mehrmals Bemerkungen gemacht, jedoch so verschwommen, daß man daraus nicht klug werden kann. Auf einem Presseempfang des Stahlsheims erklärte er, daß er sich als Reichsarbeitsminister nicht einseitig festlegen könne. Er wolle auch nicht sagen, daß alle bisher beschrittenen Wege richtig seien. Selbstverständlicherweise sei eine gute Sozialpolitik nur eine solche, die Rücksicht nimmt auf die Erfordernisse und die Notwendigkeit der Wirtschaft. Und in der großen Kundgebung im Sportpalast in Berlin ließ sich Herr Seldte u. a. folgendermaßen aus:

„In Deutschland gibt es keine Fronarbeit bei den Unfreien, sondern es gibt nur die Leistungsarbeit der Freien. Deshalb trägt weder der Mensch, noch das Land, noch die Arbeit, noch die Wirtschaft starre Fesseln. Wahrahaft frei müssen die Menschen, das Land und die Arbeit sein.“

Das verstehe wer will! Aus derartigen Worten, die nicht als die Kernpunkte der öffentlichen Erklärungen Seldtes herausgezogen haben, ist man auch trotz scharfen Nachdenkens nicht in der Lage, sich ein Bild über die Zukunftsarbeit Seldtes zu machen. Die Behauptung von den starren Fesseln der Wirtschaft hören wir seit Jahren. Damit wurde immer die Forderung nach Beilegung der Tarifverträge verbunden. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die neuen Herren in der Regierung einmal aus ihrer Reserve heraustreten und klipp und klar sagen würden, was sie wollen. Vielleicht würden dadurch manchem Wähler die Augen geöffnet. Das darf nicht sein. Darum hält man sich lange oder sehr nichtsagende Reden.

- Bezirk Nordhausen.
- 80 Kuleben, Berta, Esperstedt, Frankenhäusen, Hengendorf, Holzthalen, Mentersoda, Nordhausen, Rebra, Kofleben, Sondershausen, Wolframshäusen.
 - 81 Bleicherode, Breitenworbis, Buhla, Friedrichslohra, Gernrode, Gerterode, Grohhobungen, Gierswalde, Hagrode, Kehnstedt, Kleinobungen, Mitteldorf, Niedergebra, Obergebra, Rehungen, Reyershausen, Solzstedt.
 - 82 Hüttenrode, Lauterberg, Dehrenstedt, St. Andreasberg, St. Peter, Sontra, Mentershausen, Utrungen, Großalmerode II (Ton), Widenrode II (Ton), Reßbach II (Ton).
 - 83 Borken, Dörnberg, Ehlen, Frielendorf, Frankenhain, Genungen, Holzhausen, Hoof, Ihingshausen, Laudenbach, Pleße, Kommerode, Ketterode, Sondheim, Trenja, Wattenbach, Wollrode, Großalmerode I (Braunkohle), Widenrode I (Braunkohle), Reßbach I (Braunkohle).

- Bezirk Senftenberg.
- 84 Booschen, Drooschen, Finkenheerd, Grünberg, Guben, Lessenrode, Rainsicht, Petersdorf, Reichenwalde, Rüdersdorf, Schmagorel, Schönfließ, Schönnow, Wittschdorf, Ziebingen, Treptin, Ziehlitz, Schermsfeld, Teupitz, Zimisdorf.
 - 85 Galtens, Groß-Röllig, Loos, Nied.-Hartmannsdorf, Quotsdorf, Rechen, Teichdorf, Wollshain, Tschöpel, Koflsfurt.
 - 86 Paris, Schl.-Haugsdorf, Lichtenau, Moya, Verzdorf, Klein-Saubornitz, Hirschfelde, Lürchau, Reibersdorf, Reichenau, Obersdorf.
 - 87 Boosdorf, Döbern, Brigittenhof, Erla, Berminghoff, Zeißholz, Wittichenau, Hene III.
 - 88 Jessen, Pulsberg, Haldemühl, Welzow, Kaufche, Drehtau, Sedlitz.
 - 89 Müßelborn, Gr.-Rätschen, Büdgen, Reppitz, Senftenberg III, Sauo.
 - 90 Senftenberg I, Marga, Raundorf, Hörlik.
 - 91 Renate, Sallgast, Särchen, Meuro, Gohra, Coltebrau.
 - 92 Senftenberg II, Klettwitz, Zichipfau, Zichornegolda, Hohenbucka, Ruhland, Bodwitz.
 - 93 Grünwalde, Pleßja, Prestewitz, Tröbzig, Schönborn, Schiffs-Rüdersdorf, Budowien.

- Bezirk Waldenburg.
- 94 Weisthain I, Sandberg.
 - 95 Fehlfammer, Hermisdorf-Städt., Schwarzwaldau.
 - 96 Weisthain II, Ober-Salzbrunn, Waldenburg.
 - 97 Gottesberg I, Hermisdorf-St., Wittgendorf.
 - 98 Dittersbach, Ober-Altwasser, Neu-Crausendorf.
 - 99 Nieder-Altwasser, Hermisdorf-West, Reibendorf.
 - 100 Neu-Waldenburg, Ober-Waldenburg, Stadtpark, Gottesberg II, Neu-Hain, Steingrund.
 - 101 Reibersdorf, Alt-Lässig, Friedland, Langwaltdorf, Rothenbach, Gaabau.
 - 102 Kunzendorf (einschließlich der aufgelösten Zahlstelle Kohlenrode), Hausdorf, Neurode, Reichenstein.
 - 103 Ebersdorf, Ebersdorf, Schlegel, Ludwigsdorf, Falkenberg, Neurode, Frantenstein, Hartau-Fors, Ronradswaldau.
 - 104 Wolpersdorf, Walditz, Buchau, Freiburg, Seitendorf, Sophienau, Königswalde, Viehals, Jobten, Wüstegiersdorf, Beutengrund, Mittelsteine, Niedersteine.

- Bezirk Gleiwitz.
- 105 Beuthen, Ropberg, Wierzchowiz, Kottwitz, Karf, Bobret, Schomburg.
 - 106 Hindenburg I, Hindenburg II, Mikulskisch, Jaborze, Jaborze-Dorf.
 - 107 Gleiwitz, Sosniga, Borembo, Städt.-Dombrowa, Stollazowiz, Wierzchowa, Gleiwitz II, Beistretscham, Marhesdorf, Ludwigschlud, Rieferstädtel, Friedrichswille, Deutsch-Fernitz, Boitschow, Schalanau, Schönwald, Jemienitz, Hindenburg III, Hindenburg IV, Hindenburg V, Biskupitz, Bilzen-dorf.
 - 108 Bittow, Bismarckhütte, Chorzw, Domb, Eichenau, Hohen-linde, Königshütte, Laurahütte, Swientochlowice, Schles-sengrube, Jalenze, Zamodzie, Unhalt, Wielkie Pielarn.
 - 109 Emanuelslegen, Mittel-Lajisz, Myslowitz, Liping, Nikiszowice, Gieschewald, Neudorf, Orzechow, Goslun, Ober-Lajisz, Ryduktau, Ruda, Orzegow, Katowice, Loslau, Koja, Wielkowie.

- Bezirk Aachen.
- 110 Aachen, Bant, Bardenberg, Bosfehn, Frelenberg, Herzogen-rath, Hombach, Hüdelhoven, Kfintheide, Koblberg, Kohl-scheid, Morsbach, Nieder-Bardenberg, Noppenberg, Linden-selken, Pannesheide, Richterich, Streiffeld, Uebach, Wür-jelen.
 - 111 Alsdorf, Baesweiler, Bergrath, Congendorf, Düren, Gsch-weiler, Hastenrath, Heistern, Hehrath, Höngen, Hüheln, Kellersberg, Langermöhe, Oditweiler, Lohn, Lucherberg, Mariadorf, Mousbach, Rothberg, Pumpe-Sitt, Schaufen-berg, Siersdorf.

- Bezirk Köln.
- 112 Ahe, Blakheim, Vuir, Büsdorf, Gisdorf, Fortuna, Frim-mersdorf, Glesch, Glessen, Gultorf, Horrem, Ichendorf, Ker-pen, Mödrath, Morken, Neurath, Niederaulhem, Obaraufem, Ober-schlag, Sindorf, Widdeshoven.
 - 113 Balkhausen, Bottenbroich, Brüggel, Dirmerzheim, Donatus-dorf, Etp, Greifrath, Gymnich, Habbekrath, Kierdorf, Kö-ttingen, Liblar, Lürnich.
 - 114 Berrenrath I, Berrenrath II, Brühl, Euskirchen, Filchenich, Grahlsweil, Hermülheim, Hürth, Kendenich, Knapfack, Köln, Laubach, Manen, Mechernich, Meichenich, Pingsdorf, Ber-nich, Weilerswilt.
 - 115 Bachem, Bensberg, Benzelrath, Bleifeld, Buschbell, Ehren-feld bei Immekeppel, Freden, Gleuel, Groß-Königsdorf, Much, Steinenbrück.

- Bezirk Herborn.
- 116 Ahenhain, Bernsfeld, Bieber d. Röß, Bieber b. Geinh., Dernaassenheim, Fellingshausen, Flenjungen, Frankenhain, Groß-Eichen, Groß-Kinden, Hausen, Holzhaim, Hungen, Isdorf, Inhelden, Königsberg, Lardenbach, Veitgeltern, Werlau, Nieder-Ohmen, Ober-Richbach, Oberwiddersheim, Rodeheim, Röhgas, Sellaro, Trais-Horloff, Ulphe, Willin-gen, Wagenborn, Westesheim, Weidartshain, Wobnack, Wölfersheim.
 - 117 Altkirchen, Alendorf (Lahn), Alendorf b. R., Alshausen, Argbach, Ammenau, Aulenhäusen, Blasbach, Berghausen, Bernbach, Bleffenbach, Bonbaden, Braubach, Cadendach, Cauh, Guba, Edelsberg, Eiterhausen, Emserhütte, Fal-kenbach, Freienfels, Garbenheim, Gadenbach, Gaudernbach, Geisenheim, Grävened, Holzappel, Kirchhofen, Laimbach, Laubuseichbach, Münster, Rauborn, Raunheim, Niederbief, Oberbief, Oberndorf, Oberbach, Philippstein, Ranfel, Sauertal, Selters, Schuppach, Schönborn, Steindorf, Tiefenbach, Waldgirmes, Wadhausen, Werlau, Weijel, Weilschneudorf, Weinbach, Weinähr, Weklar, Wirbelau, Wolmerstchied, Wolfenhäusen.

- Bezirk Saarbrücken.
- 118 Altselbach, Biken, Breifscheld, Brachbach, Burbach, Bu-senhausen, Daaden, Dornbach, Donsbach, Eiferfeld, Eupel, Fellerdilln, Fischbacherhütte, Flammersfeld, Forst, Giesen-hausen, Gosenbach, Ginterod, Haltscheid, Herdorf, Holz-hausen, Hof, Höhn, Hümmerich, Langenauach, Bittfeld, Bifeld, Mammelzen, Weggen, Wüßen, Müdersbach, Neun-kirchen, Niederndorf, Nieder-Erbach, Niederflischbach, Ober-warnsbach, Offhausen, Offenbach, Dellingen, Oppergau, Ramsbed, Raunland, Salchenbach, Stein-Neukirch, Stru-tzhütten, Walsbach, Weidenau, Wilben, Zehnhausen, Zep-penfeld.

- 119 Bilsdorf, Biesbach, Nalbach, Düppenweiler, Ensdorf, Frau-lautern, Saarlouis, Griesborn, Schwalbach, Hülzweiler, Bisdorf, Saarwellingen, Labach-Neisweiler, Schwarzenholz, Bous, Dörben, Schaffhausen, Hofsteinbach, Wadgassen, Wehr-den, Wöllingen.

- 120 Geislautern, Ludweiler, Werbeln, Differten, Großrosseln, Lauterbach, Emmersweiler, St. Niclaus, Ottenhausen, Krughütte, Fürstenhausen, Gersweiler, Rodershausen, Ob.-Wöllingen, Louienthal, Saarbrücken V.

- 121 Büttlingen, Altkessel, Ritterstraße, Köllerbach, Ehenhofen.
- 122 Britten, Vosheim, Lodweiler, Castel, Wadrill, Weistkirchen, Buweiler, Hausbach, Michelbach, Nunkirchen, Wardenbach, Büschfeld, Limbach (Kr. Saarlouis), Ueberrath, Bettingen, Außen, Hüttersdorf, Lebach, Landsweiler b. Lebach, Stein-bach b. Thalerweiler, Dörsdorf, Sokweiler, Dirmingen, Verschweiler, Wustweiler, Eppelborn, Humes, Wiesbach.

- 123 Achtersingen, Ailingen, Hofterhof, Gennweiler, Merzweiler, Wahlschied, Holz, Göttelborn, Rughof, Wemmsweiler, Hirschweiler, Welschbach, Hüttigweiler.

- 124 Saarbrücken I, Ruffhütte, Jägersfreude, Herrensohr, Nie-gelsberg, Buchenschaden, Gütchenbach, Pflugscheidt, Hilsch-bach, Walpershofen, Nieder-Salbach, Heusweiler, Herchen-bach, Verschweiler bei Heusweiler.

- 125 Brebach, Kleinbittersdorf, Bliersransbach, Scheidt, Riet-risch, Schnappach, St. Ingbert, Rohrbach, Haffel, Bies-kappel, Blickweiler, Nieder-Würzbach, Bierbach, Langkirchen, Ballweiler, Bebelshaim, Biesingen, Breitfurt, Aischbach, Wolfersheim, Fettesleidenheim, Eisenberg.

- 126 Dudweiler, Sulzbach.
- 127 Altmewald, Hühnerfeld, Fischbach, Quierschied.
- 128 Neumeiler, Friedrictsthal, Wildstod.
- 129 Neunkirchen, Landsweiler bei Reden, Schiffweiler, Stenn-weiler, heiligenwald, Graulhef.

- 130 Viebelskirchen, Ortweiler, Hangard, Fürth, Dörrnbach, Lautenbach, Steinbach, Remmesweiler, Mainzweiler.
- 131 Sinnerthal, Eversberg, Espfen.

- 132 Wellesweiler, Mittel-Berbach, Ober-Berbach, Nieder-Ber-bach, Rirtel, Limbach, Ludwigsthal, Koblhof, Kleinottweiler, Altkatd, Beiden, Schwarzenader.

- 133 St. Wendel, Niederlingweiler, Oberlingweiler, Verschweiler, Bliesen, Oberthal, Toley, Thelen, Sokweiler, Winterbach, Wisweiler, Marpingen, Uregweiler, Urweiler, Hofeld, Hir-

- stein, Namborn, Oberkirchen, Freisen, Lettersweiler, Röh-jelden, Hoppstädten, Gimbsweiler, Gonesweiler, Bozen, Schwarzenbach, Schwarzerden, Sötern, Oghhausen, Ruch-berg, Verschweiler, Berglangenbach, Ebersweiler, Selbach, Steinberg, Sigerath, Mosberg, Damsflos, Beuren, We-weiler, Wolfersweiler, Züsch, Seibersbach, Weiler, Wald-algesheim, Walblauersheim, Niederheimbach, Rempfen.
- 134 Frankenholtz, Höchen, Werbsweiler, Jägersburg, Wald-mohr, Dunzweiler, Bambergerhof, Breitenbach, Schmitt-weiler, Dittweiler, Altkirchen, Frohnhofen, Niederkirchen, Marth, Hoof, Saat, Osterbrücken, Zubach, Selchenbach, Rulhweiler, Thalichtenberg, Konken, Langenbach, Krattel-bach, Herchweiler, Schellweiler.
- 135 Bruchhof, Erbach, Bruchmühlbach, Vogelbach, Lambsborn, Bechhofen, Miesau, Rühofen, Kirrberg, Wiesbach, Zwei-brücken, Spesbach, Steimbach (Pfalz), Haschbach, Stein-wenden, Glanmündweiler, Rehweiler, Ramstein, Rind-sbach, Miesenberg, Häschenhausen, Sand, Gries, Borsborn, Nanzbieweiler, Schönberg, Brüden, Ohmbach, Bann, Großbundenbach, Herfchweiler-Petersh., Bahnwegen, Hüf-fler, Neunkirchen, Rutsweiler.

Bezirk München.

- 136 Bengberg, Schippach, Dettingen, Theuern.
- 137 Reichenberg, Hohenpeichenberg, Peiting.
- 138 Hausham, Miesbach, Leihach, Schliersee, Rottenbuch, Göl-pfersgrün, Schongau, Ailingenberg.
- 139 Almburg, Auerbach, Bodenmais, Kappel, Sulzbach, Leon-berg, Stodheim.
- 140 Marienlein, Wadersdorf, Kropfmühl, Viehhäusen, Berch-tesgadene, Buggingen, Kochendorf, Heilbronn, Reichenhall, Rosenheim, Wadthaus, Partenstein, Wildfleden, Bach.

Bezirk Zwickau.

- 141 Niederplanitz, Oberplanitz, Cainsdorf, Wendisch-Rottmanns-dorf.
- 142 Zwickau, Schedewitz, Ebersbach, Marienthal, Böhlau.
- 143 Niederhau, Zwickau, Kirchberg, Wildenfels.
- 144 Reinsdorf, Wilkau, Schönlens.
- 145 Oberhohndorf, Auerbach, Friedrichsgrün, Oberrothenbach, Bodwa.
- 146 Müllten St. Jacob, Müllten St. Nidas, Johanngeorgenstadt, Culißsch, Böbzig, Ebersbrunn, Steinpleis, Stenn, Zichorlau, Züdenhain, Lichtentanne.
- 147 Altenberg, Bannewitz, Braunsdorf, Freital I bis IV, Klein-naundorf, Kesselsdorf, Weißig, Burgwitz.

Bezirk Lugau.

- 148 Lugau, Mitteldorf, Niedermüritsch, Neukirchberg, Nieder-dorf, Stollberg, Seifersdorf, St. Egidien.
- 149 Delnsitz, Lichtenstein, Neumiese, Neuschönburg, Oberwürsch-nitz, Ortmanndorf, Rößlitz, Jschöden, Heinrichsdorf.
- 150 Gersdorf, Bernsdorf, Erbach, Hohndorf, Neuälmsitz, Ober-lungwitz.

Gewerkschaftsprotest gegen Göring-Erlaß.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat an alle Polizeibehörden am 17. Februar einen Rundbrief über die „Förderung der nationalen Bewegung“ gerichtet. Der Erlaß, der unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt ist, offenbart unzweifelhaft den Kurs, der jetzt im preußischen Ministerium des Innern herrscht. Der Bundesvorstand des ADGB hat ihn daher zum Anlaß genommen, um an den Reichspräsidenten v. Hindenburg das folgende Schreiben zu richten:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lenkt Ihre ernste Aufmerksamkeit auf den Rundbrief an alle Polizeibehörden Preußens, den der von Ihrem Vertrauen in sein Amt berufene Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, erlassen hat.

Dieser Erlaß schaffte seiner ganzen Tendenz nach zweierlei Recht in Deutschland. Erstens ein Vorrangsrecht für die Verbände, die nach der Meinung des Reichsministers Göring nationale Verbände sind, nämlich SA., SS. und Stahlhelm. Das gleiche Vorrangsrecht gilt für die nationalen Parteien; unter letzteren sind offenbar ausschließlich jene Parteien zu verstehen, auf die sich die jetzige Regierung stützt. Zweitens ein Ausnahmerecht gegen jene Organisationen, die Herr Reichsminister Göring als staatsfeindliche Organisationen zu bezeichnen für gut findet, ohne daß er sich im übrigen der Mühe unterzöge, näher darzulegen, was er darunter versteht. Der Hinweis, daß der Erlaß sich offenbar insbesondere „gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle“ richten soll, kann um so weniger als eine Erläuterung gelten, als nur jene Bevölkerungsschichten, die der SA., der SS. und dem Stahlhelm nahesteht, als „nationale Bevölkerung“ anerkannt und des besonderen Schutzes der Polizei würdig befunden werden. Der Erlaß bedroht eine Rechtsunsicherheit von unabsehbaren Folgen herauf.

Wir erheben gegen diesen Erlaß, der weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben unserer Verfassung noch mit den Lebens-

formen eines Kulturvolkes zu vereinbaren ist, den schärfsten Protest. Wir legen Verwahrung ein gegen eine amtliche Anweisung, deren Sinn nicht anders gedeutet werden kann, als daß sie wolle Schichten des Volkes zum Feindbild politischer Willkür macht.

Wir wenden uns an Sie als Präsidenten des Deutschen Reiches, der berufen und gewillt ist, die Verfassung zu schützen. An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkriege für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht zu den „Staatsaufbauenden Kräften“, daß sie nicht zur „nationalen Bevölkerung“ gehören. Niemand in Deutschland ist so hoch gestellt, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges — gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören — und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.

Wir bebauern, daß ein ehemaliger Frontkämpfer, der es besser wissen müßte, den Geist der Frontkameradschaft gegenüber Hunderttausenden namenloser Kämpfer verleugnet, nur weil sie eine andere politische Ueberzeugung haben als er. Die gerechte Würdigung, die ein Frontkämpfer wie Oberstleutnant D u e s t e r b e r g für seine Kameraden aus allen politischen Lagern gefunden hat, beweist, daß echter Frontgeist mit nationaler Ueberheblichkeit nichts gemein hat.

Wir hoffen und erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, daß Sie als der militärische Führer im Weltkriege dieser Entehrung von Millionen Frontkämpfern mit allen Mitteln entgegenzutreten werden. Die Entehrung der Mehrheit des deutschen Volkes, die Gegner der jetzigen Regierung ist, bedeutet die tatsächliche Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit wie der persönlichen Sicherheit in Deutschland, deren Schutz zu Ihren vornehmsten Aufgaben gehört.

In aufrichtiger Hochschätzung P. Graßmann.

Johann Kämpfer †.

Wieder ist ein bewährter Kamerad und Verbandsführer von uns geschieden. Johann Kämpfer, der Leiter unserer Geschäftsstelle am Niederrhein, verstarb am 11. Februar an den Folgen einer schweren Steinlaubbilngerkrankung, die er sich in 30jähriger bergmännischer Arbeit zugezogen hatte. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 88 Jahren. Es war ihm nicht vergönnt, seinen Lebensabend in beschaulicher Ruhe zu verbringen. Vier Wochen vor seiner Pensionierung mußte er sterben.

Mit Johann Kämpfer ist ein Mann dahingegangen, der sein Leben in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat. Seit mehr als drei Jahrzehnten war er Mitglied des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Das Vertrauen seiner Kameraden hatte ihm zahlreiche Funktionen zugewiesen. Von 1907—1913 bekleidete er das Amt eines ersten Vertrauensmannes in der Geschäftsstelle Wülheim l. Er wurde dann im Jahre 1913 zum Mitglied des Kontrollausschusses des Bergarbeiterverbandes gewählt, dessen Vorsitzender er von 1921 bis 1923 war. Als nach dem Zusammenbruch am Ende des Weltkrieges der Niederrheinbau begann, wurde Johann Kämpfer als Sekretär des Ortsausschusses Wülheim des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angestellt. 1919 erfolgte dann seine Anstellung beim Bergarbeiterverband. Er war in den Geschäftsstellen Oberhausen und Essen tätig. Seit 1927 amtierte er in Moers. Über nicht nur im Verband, sondern auch auf knappschaftlichem Gebiete lag das Tätigkeitsfeld unseres Freundes. Er war vom 1. Dezember 1909 bis 31. März 1920 Knappschaftssekretär in Wülheim-Ruhr. Vom 14. Mai 1914 bis 10. Juni 1920 gehörte er dem Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum an. 1924 bei Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes wurde Kämpfer Mitglied des Vorstandes und zugleich stellvertretender Vorsitzender der Niederrheinischen Knappschaft in Moers und seit dem 1. Januar 1927 bis zu seinem Tode übte er ehrenamtlich die Geschäfte des Vorstandes dieser Knappschaft aus. Daneben war er Vorstandsmittglied der Ortskrankenkasse Moers, ferner Mitglied des Spruchschusses des Arbeitsamtes in Moers und bis zum 1. April 1932 Vorsitzender des Ortsausschusses Moers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Parteipolitisch gehörte Kämpfer seit dem 1. Juli 1909 der SPD. an. Von 1919 bis 1924 war er Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wülheim-Ruhr. Sein reiches Wissen, seine Gewissenhaftigkeit und strenge Objektivität, verbunden mit einem vorbildlichen Charakter, verschafften ihm Achtung und Ansehen bei jedem, der menschlich oder beruflich mit ihm in Berührung kam. Ueberall, wo man ihn rief, stellte er seine ganze Person in den Dienst der Sache. Unerfrocken und treu übte er seine Pflicht aus. Alle diejenigen, die Johann Kämpfer kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Darüber hinaus wird sein Leben und Wirken in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung unvergänglich sein.

Das Märchen vom Betriebsmarxismus.

Verprechungen und Taten der gelben Betriebsräte.

In Nr. 39 vom 15. Februar des Merseburger Tageblättchens erschien zu den Betriebs- und Arbeiterausschüssen ein Artikel unter der Ueberschrift: „Nationale Einheitsfront“. In diesem Artikel, dem eine Entschliessung einer Führertagung der nationalen Arbeiter- und Werkvereine vorausgeht, werden die nationalen Arbeiter aufgefördert, durch Eroberung der Werke sich ihre Arbeitsplätze zu sichern; insbesondere sollen sie für den letzten Rest Freiheit, der nach 14jähriger marxistisch-gewerkschaftlicher Systemherrschaft verblieben ist, kämpfen. Wörtlich wird gesagt: „Die Vergangenheit hat uns gelehrt, welche wertvolle Arbeit nationale verantwortungsfreudige Betriebsräte bei Entlassungen, bei Kurzarbeit und Feiertagen u. a. m. für die nationale Arbeiterkraft zu leisten vermögen.“

Es lohnt sich, die tatsächlich geleistete Arbeit der nationalen Betriebsräte diesem Geschreibsel gegenüberzustellen. Wir greifen deshalb einen Betrieb, die Beunaer Kohlenwerke, heraus, wo die Gelben seit den letzten Betriebsrätewahlen die Mehrheit haben. Der Vorsitzende des dortigen Arbeiterrats ist K. S t e i n - d o r f, der gleichzeitig auch der Führer der Werksgemeinschaft ist. Dieser nationale Arbeiterführer hat einige Tage vor der letzten Betriebsrätewahl ein Rundschreiben an die Belegschaftsmittglieder verschickt, in dem er betonte, eine nationale Mehrheit im Betriebsrat würde dafür sorgen, daß die Arbeitsplätze gesichert bleiben, daß keine Feiertagen mehr verfallen würden und daß ein Lohnabbau für die Zukunft ausgeschlossen sei. Diese Verprechungen trugen zu dem gelben Wahlsieg bei. Inzwischen ist die Belegschaft ermüdet worden, denn keine der gemachten Verprechungen hat dieser verantwortungsfreudige nationale Betriebsrat eingelöst. Seit 1931 bis heute verfahren die Beunaer Kohlenwerke wöchentlich zwei bis drei Feiertagen. Allein im Jahre 1932 kamen dort auf jedes Belegschaftsmittglied im Durchschnitt 95 Feiertage. Selbst den Mitgliedern der Werksgemeinschaft hat man die Leistungsöhne, nachdem der Wochlohn seine Schuldigkeit getan hat, bis auf nichts gekürzt. Ja, Herr Steindorf hält es noch nicht einmal für notwendig, wenn die Betriebsleitung es unterläßt, dem Arbeitsamt die verfahrenen Feiertagen der Belegschaft für die Woche vor und nach Ostern im vorigen Jahre dem Arbeitsamt mitzuteilen, obwohl der Arbeitsplan des Wertes dem Arbeitsamt zugestellt war. Dadurch wären der Belegschaft tausende Mark verlorengegangen, wenn nicht das einzigste freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglied ge-

meinsam mit dem Bergbauindustriearbeiterverband der Belegschaft zu ihrem Rechte verholfen hätte. SOWAS nennt man dann nationale verantwortungsfreudige Arbeit!

Wie sieht es nun mit der Interessensvertretung der Belegschaft gegenüber der Werkleitung aus? Von den Befugnissen des Betriebsrats, die sich aus dem Betriebsrätegesetz ergeben: Betriebsbefahrungen vorzunehmen, um die Belegschaft vor Unfällen zu schützen, bei den Verstrafungen mitzuwirken, die Einsprüche der entlassenen Belegschaftsmittglieder zu prüfen und darauf zu achten, daß der Tarifvertrag eingehalten wird, wurde von dem nationalen Betriebsrat kein Gebrauch gemacht. Die Unfälle auf den Beunaer Kohlenwerken sind nicht gering. Im vergangenen Jahre konnten dort zwei tödliche Unfälle kurz hintereinander registriert werden. Die Strafen werden von der Werkleitung willkürlich festgesetzt und sind ebenfalls nicht gering. Der Tarifvertrag erfüllt dort überhaupt nicht mehr. Fest steht, daß in der Grube und auf dem Abraum Arbeiter unter Tarif entlohnt werden. Sogar die Frühstückspausen werden der Belegschaft streitig gemacht. Die Einsprüche der Entlassenen werden systematisch abgelehnt. Im März und April 1932 wurden ungefähr 50 Arbeiter entlassen, darunter viele Familienväter. Die Einsprüche wurden von dem nationalen Arbeiterrat abgelehnt und die Klagen unmöglich gemacht. An den Arbeitsplätzen dieser Familieväter werden aber ledige Arbeiter beschäftigt. Diese Serie könnte mit Beispielen von anderen Werken beliebig fortgesetzt werden. Die angeführten Beispiele genügen aber, um die wirklich geleistete Arbeit zu kennzeichnen.

Ganz kurz wollen wir an einer Zahl die Arbeitsleistung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte gegenüberstellen. Allein im 3. Vierteljahr 1931 wurde aus Einspruchs- und Lohnklagen vor den Arbeitsgerichten im Bezirk Halle die Summe von 17.794,16 M. erstritten. Wenn dies möglich war, so nur mit Hilfe der freigewerkschaftlichen Betriebsräte, die damit unter Beweis gestellt haben, daß nur sie die berufenen Vertreter der Arbeiter sind.

Die Belegschaften haben bei den kommenden Betriebsräte-wahlen Gelegenheit, zwischen solcher wahrhaften Interessensvertretung durch die freien Gewerkschaften und verlogener Phraseologie der gelben nationalen Arbeitervereine zu wählen. Der klassenbewußte Arbeiter wählt die Liste der freien Gewerkschaften!

Invalidenversicherung bzw. aus der Angestelltenversicherung wegen Bezugs der Unfallrente bereits gekürzt wurde.

Ferner wird in § 35 dieser Verordnung bestimmt, daß für Invalidentrente bzw. Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung, die bereits vor dem 1. Juli 1932 beantragt waren, eine Pauschale-Kürzung erfolgt, und zwar bei den Invalidentrenten und den Ruhegeldern in Höhe von 36,30 Fr., bei den Witwen- und Witwerrenten in Höhe von 30,25 Fr. und bei den Waisenrenten in Höhe von 24,20 Fr.

Diese Bestimmung tritt ab 1. Februar d. J. in Kraft. Sie belagt weiter nichts, als daß die bisher schon erfolgte Pauschale-Kürzung in Höhe von 30 Fr. bei den Invalidentrenten, 25 Fr. bei den Witwen und Witwern, 20 Fr. bei den Waisen um die Beträge von 6,30 bzw. 5,25 bzw. 4,20 Fr. erhöht wird.

Wie wir aber heute bereits in der Lage sind mitzuteilen, haben die leitenden des Verbandes unternommen Schritte den Erfolg gehabt, daß an der jetzigen Höhe der Rente nichts geändert wird und die oben bezeichneten Beträge von 6,30 bzw. 5,25 bzw. 4,20 Fr. in Form einer Mehrleistung erlegt werden. Damit haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß die Rentenbezieher eines landwirtschaftlichen Versicherungsträgers heute besser gestellt sind als die Rentenbezieher eines reichsdeutschen Versicherungsträgers.

Wenn der finanzielle Effekt auch nicht so sehr in die Waagschale fällt, so war es immerhin eine Frage von Bedeutung in bezug auf die allgemeine Situation. Wir können erfreulicherweise noch feststellen, daß auch hier wie schon so oft die Gewerkschaften als maßgebender Faktor den Sozialrentnern tatkräftig unter die Arme gegriffen haben.

Der § 36 dieser Verordnung besagt dann, daß in den Fällen, wo infolge der Anwendung der Notverordnung vom 17. Dezember 1931 bzw. 27. Juli 1932 infolge Bezugs einer Versorgungs- oder Unfallrente die Bezüge aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung schon insgesamt um mehr als die Hälfte gekürzt worden sind, diese Verordnung nicht mehr in Anwendung gebracht werden darf. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese oben geschilderten Verordnungen nur als ergänzende Maßnahmen zu der Verordnung vom 27. Juli 1932 zu betrachten sind.

Auf ein schreiendes Unrecht möchten wir noch hinweisen, und zwar auf die Tatsache, daß wohl bei dem Bezug einer Versorgungsrente nach dem Reichsversorgungsgesetz auch dann die Freigrenze von 150 Fr. monatlich Gültigkeit hat, wenn die Knappschaftspension bzw. Invalidenrente oder Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung auch nach dem 1. Januar 1932 bewilligt wurde, während diese Bestimmung leider für die Unfallrentenbezugsberechtigten keine Gültigkeit hat, also daß bei ihnen nur dann die Freigrenze von 150 Fr. in Frage kommt, wenn die Pension bzw. Invalidenrente oder Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung bereits vor dem 1. Januar 1932 festgesetzt und bewilligt war.

Ein Glanzstück nationalsozialistischer Regierungstun.

Unternehmerjandlitz als Leiter der preußischen Postabteilung.

In den Wirtschaftskämpfen Westdeutschlands der letzten Jahre spielte der frühere Staatsanwalt G r a u e r t als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nordwest eine große Rolle. Diese allgemein bekannte Unternehmerorganisation, die an Rücksichtslosigkeit und Kampfmut gegen die Arbeiter allen anderen voraus ist, hatte in der Heranziehung dieses Mannes einen guten Griff getan. Wie selten ein Anwalt hat er die Interessen des Unternehmertums vertreten. Die scharfen Kämpfe im Jahre 1923 und danach in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wurden von ihm geleitet. Nun ist dieser Mann von dem nationalsozialistischen Innenminister zum Leiter der Postabteilung in Preußen gemacht worden! Die enge Verbundenheit der neuen Staatsführung mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wird dadurch wieder einmal dokumentiert. Herr Grauert kann seine Fähigkeiten und Anschauungen jetzt in einem größeren Rahmen zur Anwendung bringen.

Änderungen der Sozialversicherung im Saarrevier.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat in ihrer Sitzung vom 1. Februar d. J. zwei wichtige Verordnungen verabschiedet, die die Sozialversicherung, insbesondere auch die knappschaftliche Versicherung betreffen. Die eine Verordnung sagt, daß die gegenwärtigen Inhaber von Wahlämtern (Knappschaftsämter, Vorstandsmittglieder der Versicherungsträger, Beisitzer an den Spruchkammern usw.), soweit ihre Wahlzeit vor dem 1. Januar 1935 ablaufen sollte, weiter in ihren Ämtern verbleiben. Sie bleiben über den 31. Dezember 1934 im Amte, solange gesetzlich nichts anderes bestimmt wird.

Die zweite Verordnung bringt Bestimmungen, wonach die laarländische Regelung der Sozialversicherung der Notverordnung der Baronsregierung vom 14. Juni 1932 angepaßt wird.

In nachstehendem wollen wir die wichtigsten Bestimmungen zur Kenntnis und zur näheren Erläuterung bringen.

Der § 1 der Verordnung besagt, daß der Grundbetrag der Invalidenrente für alle Lohnklassen 508,20 Fr. betrage. Der Kinderzuschuß wird von 726,00 auf 544,50 Fr. im Jahre ermäßigt.

Im § 2 wird bestimmt, daß der Anteil der Versicherungsansätze bei der Witwenrente und der Witwerrente fünf Zehntel, bei der Waisenrente für jede Witwe vier Zehntel des Grundbetrages und der Steigerungsbeträge der Invalidenrente beträgt.

Im § 5 ist dann festgelegt, daß erst dann bei Wanderverbicherten zur Rente aus der Angestelltenversicherung Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung hinzutreten, wenn die Anwartschaft und sonstige Leistungsvoraussetzungen der Invalidenversicherung erfüllt sind.

Die Beträge werden aber nur dann gewährt, wenn sie	
bei dem Ruhegehalte	30,25 Fr.
bei der Witwenrente und der Witwerrente	18,15 Fr.
und bei der Waisenrente	12,10 Fr.

im Monat übersteigen.

Die bis jetzt aufgeführten Bestimmungen finden nur auf die nach dem 30. Juni 1932 gestellten Leistungsanträge Anwendung.

Im Abschnitt III, Knappschaftliche Pensionsversicherung, wird im § 7 bestimmt, daß der Grundbetrag der Pension ab 1. August 1932 in Höhe des für die Invalidenversicherung geltenden gewährt wird. Ferner werden die Steigerungsbeträge, die für jeden zurückgelegten Beitragsmonat gewährt werden, ab 1. September 1932 wie folgt festgelegt:

während der ersten 120 Monate . . .	1,80 Fr.
während der nächsten 60 Monate . . .	5,40 Fr.
während der folgenden 60 Monate . . .	5,85 Fr.
während der restlichen Monate . . .	7,20 Fr.

Im Abschnitt VI „Ruhevorschriften in der Rentenversicherung“ wird im § 27 bestimmt, daß beim Zusammenreffen einer Rente aus der Invaliden-, der Angestellten- oder der knappschaftlichen Pensionsversicherung mit einer Beschädigtenrente oder einer Witwenrente auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes die Freigrenze von 150 Fr. auch gegenüber den Renten, die nach dem 31. Oktober 1932 festgestellt worden sind, Gültigkeit hat.

Nachzahlungen werden allerdings für die Zeit vor dem 1. November 1932 nicht gewährt.

In den Uebergangs- und Schlußvorschriften wird bestimmt, daß Unfallrenten, die auf Grund der §§ 1—3 der Hebelberger Abrede vom 10. Oktober 1927 erhöht wurden, um 7/4 v. H. und andere Renten für Unfälle, die sich bis zum 31. Dezember 1932 ereignet haben, um 5 v. H. gemindert werden.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung, soweit wegen der Gewährung der Rente aus der Unfallversicherung die Bezüge aus der Invaliden-, der Angestellten- oder der knappschaftlichen Pensionsversicherung ruhen.

Ueber die Minderung der Rente erhält der Berechtigte eine Mitteilung.

Hier werden also besonders diejenigen Unfallrentenbezieher auf der Hut sein müssen, denen ihre Pension, ihre Rente aus der

Sie wittern Morgenluft!

Die Krankenversicherung der Knappschaft soll zerkört werden!
Zahrelang hat die Unternehmerpresse gegen die deutsche Sozialversicherung gewettert. Als Erfolg konnte sie die Notverordnungen der letzten Jahre buchen, durch welche die Leistungen aller Sozialversicherungsweige stark eingeschränkt worden sind.

fürzung der Arbeitszeit soll unter dem neuen Kurs verhindert werden. Die Nazi-Regierung verschweigen den Bergarbeitern, daß durch die Hitler-Regierung das Reichsarbeitsministerium zer-

Bezirk Zeltz.

Die Betriebsratwahl auf den Gruben Bismard und Leonhard.

Am 2. und 3. Februar fand auf den Gruben Bismard und Leonhard die Betriebsratwahl statt. Von 433 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaften auf Grube Bismard 303 Stimmen, die rote Einheitsliste 87 Stimmen und die nationale Liste 39 Stimmen.

Der im Jahre 1931 gewählte Betriebsrat auf Grube Bismard bestand aus 10 Betriebsratsmitgliedern; der jetzige besteht aus 8 Mitgliedern. Die Angestellten stellten bei der diesjährigen Wahl nur ein Betriebsratsmitglied auf und die Gewerkschaftsliste erhielt ein Mandat weniger, was daraus zurückzuführen ist, daß die Belegschaft auf Grube Bismard seit dem Jahre 1931 um rund 40 Prozent verringert wurde.

Auf Grube Leonhard befehlen die freien Gewerkschaften den ganzen Betriebs- und Arbeiterat. Die Gelben erhielten von 139 abgegebenen Stimmen nur 6 Stimmen. Eine rote Einheitsliste wurde nicht aufgestellt.

Die Gewerkschaften können auf das Wahlergebnis der beiden Gruben stolz sein. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß die beiden Belegschaften seit drei Jahren durchschnittlich drei Schichten pro Woche verfahren und Öhne von 10 bis 15 W. wöchentl. keine Seltenerheit sind. Der Boden ist mithin sowohl für die RGO. wie für die Gelben durchaus günstig.

Bezirk Oberschlesien.

Austrittserklärung aus der KPD.

Nachdem ich durch meine langjährige Mitgliedschaft in der KPD. mich erst jetzt zu der Erkenntnis durchgerungen habe, daß nur die freien Gewerkschaften auf der Grundlage des Parlamentarismus wirtschaftliche und kulturelle Vorteile für den Arbeiter erringen, erkläre ich in aller Deffentlichkeit meinen Austritt aus der KPD.

Allen KPD.-Mitgliedern empfehle ich meinen Schritt zur Nachahmung. Stollarzowik, 6. Febr. 1933. Alex Jagrodnit.

UNSERE TOTEN

Hettstedt-Molmel. Hermann C d e, ein stets eifriger Funktionär. — Dahlhausen. Karl R ö h e, seit 1905 organisiert. — Morsbach. Joseph W i r k h, seit Gründung der Zahlstelle Kassierer; nach 25 Jahren Mitgliedschaft im Christl. Gewerkschaftsverband 1919 zu uns übertreten.

Ehre ihrem Andenken!

BÜCHER

Stichtliche hier angezeigten Bücher sind durch die Verlagsgesellschaft des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42, zu beziehen.

Selbstverwaltung, Aufsicht und Wahlen in der Sozialversicherung. Von F. K r a f z, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin. Heft 26 der Fortbildungsschriften für Angestellte in der Sozialversicherung. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin W 57, Potsdamer Str. 75, 1932. Preis für 36 Bl.-Mitglieder 0,50 M., im Buchhandel 1 M.

„Vorwärts trotz alledem. Arbeit und Aufstieg der deutschen Kinderfreundebewegung“. 56 Seiten. Preis 40 Pf. — Die neue Broschüre ist gerade zur rechten Zeit herausgegeben. Die Reaktion stößt nach allen Seiten vor. Unsere Aufgabe ist nicht nur abzuwehren, sondern alle Kräfte für die sozialistische Aktion zusammen zu aktivieren.

Mal so — mal so. Eine Auslese aus der deutschen Rechtschreibung für jedermann. Nach dem „Duben“ bearbeitet von Alfred C z i g e w s k i. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Gmbh., Berlin SW. 61, Dreibundstr. 5. Preis kartoniert 1,80 M., Porto 30 Pf. — Diese Neuaufbereitung ist ein Werkbuch, allen denen gerecht zu werden, die einmal die ganze Sippe von Quälgeistern in trauriger Gemeinschaft beieinander haben möchten.

Verbandsnachrichten

Bücherrevision. Elberg. In der Zeit vom 1. bis 12. März. — Eppendorf vom 15. bis 31. März. Bücher bereit halten!

Warnung! Gegenüber falschen Gerüchten erkläre ich, daß ich mit dem Saarbund nichts gemein habe. Ich werde gegen jeden, der mir Beziehungen zum Saarbund nachsagt, gerichtlich vorgehen. Peter S c h u l e r, Lubwiler.

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 26. Febr. bis 4. März 1933

Ruhrrevier.

Sigung der Knappschaftsältesten des Geschäftsauschnittbezirks Gelsenkirchen.

Am 12. Februar tagten im Gewerkschaftshaus in Gelsenkirchen die dem Verband angehörenden Knappschaftsältesten des Geschäftsauschnittbezirks Gelsenkirchen. Nach Erledigung einiger belangloser Tagesordnungspunkte erstattete der Vorstandsstelle P i c h o t k a den Bericht über die stattgefundenen Vorstand- und Ausschußsitzungen. An diesen Bericht schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion an. Manche Maßnahmen, besonders das Vorgehen einzelner Ärzte, wurden einer scharfen Kritik unterzogen.

Bezirk Zwickau.

Zellenbau im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Zu den bevorstehenden Betriebsratwahlen arbeiten die Betriebszellenbauer der Nazis und Kozis mit einem ganz besonderen Eifer in unserem Kohlenrevier. Die Nazis mit der Führung der RGO. und besonders die Salz- und Schmalzsteuerbuben in den Nazi-Betriebszellen bieten sich den Bergarbeitern als die echten Betriebsvertreter an.

Die Nazi-Betriebszellenarbeit scheint aber nicht so recht in Fluß zu kommen. Die Versprechungen, die diese Helfen den Bergarbeitern schon immer gemacht haben, gehen nunmehr, da P a p e n, H u g e n b e r g und S e l d e den Kurs über Arbeitszeit und Lohn bestimmen, keinesfalls in Erfüllung. Der Nazi-Handel, Lohn und Arbeitszeit, Leben und Gesundheit der Bergarbeiter unter ihren besonderen Schutz zu nehmen, ist mit dem Anschluß der Nationalsozialisten an den Harzburger Block enthüllt und bekräftigt.

GEG MARINADEN Billig, delikat, gesund aus Eurom. KONSUMVEREIN Halftet auch hier in Eurer Sache die Frau!

Billigste neue Gänsefedern mit Damen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdam. 3,50, Edel 4,00.

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise! Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-realles christliches Haus!

Beikates Pflaumenmus Die Not unserer Zeit und die sichere Vererbung der Erplangung. Ein Ratgeber für Eheleute. Mit Abbildungen. Nur RM. 1,80 und Porto.

Piano-Klavier-Harmonika in bester Qualität mit Klavier- und Harmonikasten

Wissen ist Macht immer findet du das richtige Buch in deiner Verlagsbuchhandlung des F. S. D., Soemem.

Wir helfen an jedem Tasche Herren- seit-Damen- Stoffe über Stoffe sofort Markt! 25 Jahren Lehmann & Aunany

Togal unübertroffen bei Rheuma/Gicht Kopfschmerzen Ischias, Hexenschub u. Erkältungskrankheiten.

über 100000 Familien besitzen seit Jahren unsere billigen Schuhe

Konkurrenzlos, Garantiechein f. 3 Jahre Gute Zahneube nur M. 1,60

Versand direkt an Private BEZUGSBILIG DIREKT AB FABRIK

Druck- HONIG Große Farmer Zigareten aus reinen Bienen-Milch-